

der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Berlin



STADT UND REGION ALS ARBEITSORT



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

6. HOCHSCHULTAG

der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

ERGEBNISBERICHT

STADT UND REGION ALS ARBEITSORT

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

- 4 Prof. Julian Wékel, *Wissenschaftlicher Sekretär, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.*

Grußwort

- 6 Gunther Adler, *Staatssekretär, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat*
8 Paul Börsch, *Vizepräsident, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.*

Keynotes

- 10 **Produktive Konflikte: zum Verhältnis von Arbeits- und Stadtgesellschaft**
Prof. Dr. Ilse Helbrecht, *Humboldt-Universität zu Berlin*
15 **Urbane Fabriken: Perspektiven für die Produktion in der Stadt**
Prof. Dr. Christoph Herrmann, *TU Braunschweig*
20 **Arbeitswelten der Zukunft in Zeiten des Umbruchs – ein Ausblick**
Klaus Burmeister, *foresightlab*

Foren

- 24 **Forum A: Gemischte, innerstädtische Quartiere**
28 **Forum B: Neue Quartiere**
32 **Forum C: Innenstadt und Zentren**
36 **Forum D: Stadtregion**
40 **Forum E: Ländlicher Raum und kleine Städte**
44 **Forum F: Vom Gewerbegebiet zum produktiven Stadtquartier**

Berichte

- 48 **Produktive Bildungs- und Arbeitsorte – zur Idee eines StadtLandCampus**
51 **Austausch der Hochschulen: Wer gute Praxis will,
muss eine gute Ausbildung gewährleisten**
54 **Graphic Recording**
55 **Neue Suburbanität? Einladung zum
3. Hochschultag vor Ort in Kassel**



Vorwort

Prof. Julian Wékel,
*Wissenschaftlicher
Sekretär,
Deutsche Akademie
für Städtebau und
Landesplanung e. V.*

Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat am 1. und 2. Juni 2018 zum sechsten Mal in Berlin stattgefunden. Der etablierte Kongress bot damit erneut ein Forum zum Austausch über zentrale Fragen der Stadtentwicklung in der gesellschaftlichen Praxis sowie in Forschung und Lehre. Im Mittelpunkt des diesjährigen Diskurses stand das Thema „Stadt und Region als Arbeitsort“. Die vorliegende Publikation dokumentiert den Inhalt und die Ergebnisse aus den Vorträgen, Foren und Diskussionen der beiden Veranstaltungstage. Sie soll damit als Grundlage und Anregung für weitere Dialoge zum Rahmenthema in Politik, Wissenschaft und Praxis dienen.

Erneut nahm eine überaus erfreulich große Anzahl Studierender aber von Mitarbeitenden aus dem wissenschaftlichen Bereich wie aus der Planungspraxis teil. Hervorzuheben ist der kontinuierlich wachsende Kreis von nunmehr bereits 35 teilnehmenden Hochschulen sowie die ebenso stetig zunehmende fachliche Bandbreite der Beteiligten aus der Praxis. Trotz der sehr sommerlichen Temperaturen an beiden Kongresstagen waren nahezu alle Teilnehmenden während des gesamten Tagungsprogramms einschließlich des Abendempfangs präsent. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, wie stark der Hochschultag als Dialogplattform mittlerweile in unserer Fachdisziplin verankert ist.

Woraus begründete sich die Wahl des Themas „Stadt und Region als Arbeitsort“ als Rahmen für

den Diskurs? Mit dem anhaltenden Strukturwandel in Handel, gewerblicher Produktion und Logistik verändern sich die Anforderungen an die Standorte der Arbeit. Nach Industrialisierung und Tertiärisierung bringt Digitalisierung neue tiefgreifende Veränderungen für die Arbeitswelt und insbesondere im Zusammenhang mit der zunehmenden Reurbanisierung neue Herausforderungen auch allgemein für das alltägliche Zusammenleben und damit auch für die Stadtplanung und den Städtebau mit sich. Das hieraus resultierende, überaus breite Spektrum unterschiedlicher, auf Theorie wie Praxis bezogener Fragestellungen gewinnt in der Stadtentwicklungsplanung zunehmend an Bedeutung. Eine umfassendere Berücksichtigung des Themas „Arbeit und Stadt“ in Forschung, Lehre und Praxis erscheint schon aus diesem Grund dringend erforderlich. Sie sollte durch den Hochschultag angestoßen werden.

Der Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Ilse Helbrecht beschäftigte sich mit dem historischen Wandel des sozialen, ökonomischen, aber auch kulturellen Verhältnisses von Arbeit und Stadtgesellschaft, das seit jeher zahlreichen Veränderungen und Konflikten unterworfen ist. Im weiteren Verlauf blickte Prof. Dr. Christoph Herrmann auf die Perspektiven, die Produktion heute noch bzw. morgen wieder auch unter Ansprüchen an nachhaltige Entwicklungen in der Stadt hat. Der dritte Keynote-Vortrag von Klaus Burmeister bot den Teilnehmenden einen Blick in die Zukunft der Arbeit und umfasste dabei





sowohl die aktuellen als auch mögliche zukünftige Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt. Die Entscheidung, für die drei Keynote-Vorträge auf fachfremde Expertise zurückzugreifen, folgte dem Ziel, zu Beginn des Kongresses und in Vorbereitung auf die vertiefende Arbeit in den nachgelagerten Foren über den „disziplinären Tellerrand“ zu blicken und neue bzw. fachfremde Sichtweisen und Zusammenhänge in den Diskurs einzubringen, also Trans- und Interdisziplinarität zu leben. Eine Vorgehensweise, die sich aus Sicht der Teilnehmenden in den weiterführenden Diskussionen der einzelnen Foren bewährt hat.

Zur Visualisierung der Diskussionsbeiträge und Ergebnissicherung in den einzelnen Foren wurde erstmalig ein Graphic Recording eingesetzt. Studierende der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sammelten als Teilnehmende eines entsprechend vorbereitenden Fachseminars an ihrer Hochschule durch die grafische Begleitung der Foren auf dem Hochschultag erste Praxiserfahrungen. Die Ergebnisse sind im weiteren Verlauf der Publikation abgedruckt.

Mit dieser Publikation soll neben der Ergebnissicherung allen ehrenamtlich Beteiligten für ihr kontinuierliches Engagement im Vorbereitungsprozess und in der Durchführung der beiden Kongresstage ein großer Dank ausgesprochen werden. Dieser Dank richtet sich zunächst an die Personen, die den 6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aktiv durch Vorträge, Moderationen oder Beiträge in den einzelnen Foren inhaltlich getragen haben. Weiterhin berücksichtigt werden die Mitglieder der bundesweiten Vorbereitungsgruppe, bestehend aus Kolleginnen und Kollegen aus Hochschulen und Universitäten, Verbänden und der Praxis, die in einem gemeinsamen Arbeitsprozess mit mehreren Workshops das Rahmenthema des Kongresses entwickelt sowie im weiteren Verlauf auf die einzelnen Programmpunkte und Forenthemen heruntergebrochen haben. Gleichzeitig haben sich aus diesem Kreis wieder viele Mitglieder für die Übernahme ganzer Programmpunkte und Forenpatenschaften verantwortlich gezeigt. Die begleitende Plakatausstellung wurde ebenfalls aus

der Vorbereitungsgruppe heraus koordiniert und umgesetzt. Ein weiterer Dank gebührt den Studierenden des Fachseminars Graphic Recording, die durch ihren zeichnerischen Einsatz die Ergebnissicherung in den Foren bereichert haben.

Der Hochschultag wurde in diesem Jahr erstmalig federführend von der Geschäftsstelle der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V. (DASL) als Veranstalterin organisiert. Das Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) hat die DASL als akademieeigenes Fortbildungsinstitut unterstützt und die inhaltliche Betreuung der Kongresstage übernommen sowie gemeinsam mit den Autorinnen und Autoren die vorliegende Broschüre für die Drucklegung vorbereitet.

Nicht zuletzt gilt besonderer Dank den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), einerseits für die materielle Förderung des Projektes sowie andererseits für die kontinuierliche Begleitung und Unterstützung der Arbeitsprozesse und die anregende Zusammenarbeit.

Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik findet seit 2009 im zweijährigen Turnus in Berlin statt. Um den Austausch auch in den Zwischenjahren zu unterstützen sowie auf ausdrücklichen Wunsch des Ministeriums, wurde das Format durch einen von den Hochschulen selbst getragenen Hochschultag vor Ort ergänzt. In den Zwischenjahren lädt eine gastgebende Hochschule zu einer ebenfalls zweitägigen Veranstaltung mit vergleichbarer Intention und einem zusätzlichen Fokus auf die lokalen Gegebenheiten ein. Die Hochschultage vor Ort wurden bisher mit großem Erfolg im Jahr 2015 an der Hochschule Bochum und 2017 an der BTU Cottbus-Senftenberg abgehalten. Der 3. Hochschultag vor Ort findet am 27. und 28. Mai 2019 in Kassel statt. Prof. Dr. Frank Roost hat bereits eine Einladung ausgesprochen, der hoffentlich wieder viele Teilnehmende und weitere interessierte Fachleute und Studierende folgen werden.

Grußwort

Gunther Adler,
*Staatssekretär,
Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat*

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße Sie ganz herzlich zum 6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hier in Berlin. Ich freue mich, dass Sie heute trotz der sehr sommerlichen Temperaturen so zahlreich erschienen sind. Unter Ihnen befinden sich viele mir bekannte und hochkarätige Gäste. Ich möchte Sie bitten, es mir nachzusehen, dass ich aufgrund der großen Anzahl niemanden besonders hervorhebe.

Heute heiße ich Sie bereits zum dritten Mal auf einem Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik willkommen, jedoch das erste Mal als Vertreter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Drei Mal in Folge diese Konferenz zu eröffnen, begründet ja fast schon eine Tradition – und ich hoffe sehr, dass ich auch beim nächsten, dann 7. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eingeladen werde, die Eröffnungsworte zu sprechen. Ich verspreche Ihnen: Ich werde mich sehr einsetzen für die weitere Förderung des Hochschultages im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Da der Begriff Heimat im Namen eines Ministeriums in der Vergangenheit einige teilweise emotionsgeladene Diskussionen ausgelöst hat, möchte ich hierzu ein paar Worte sagen: Namensgeber für die

Ministerien, erst in Bayern, dann in Nordrhein-Westfalen und jetzt auch im Bund, ist ein moderner Heimatbegriff, der nichts mit folkloristischen Symbolen wie Edelweiß, Hirschgeweih, Trachtenjanker oder Volksmusik gemeinsam hat. Ziel ist es, mit dem Heimatbegriff im Namen, dem Gefühl abgehängt zu sein und vergessen zu werden, das es in vielen Regionen gibt und das sich aktuell auch im Wahlverhalten niederschlägt, mit einer aktiven Politik und Regionalförderung zu begegnen. Auch deshalb wird die Städtebauförderung in diesem Jahr in der bisherigen Höhe von einer Milliarde Euro fortgesetzt. Gefördert werden mit diesen Mitteln nicht nur Großstädte und Ballungsräume, sondern auch der ländliche Raum. Ich möchte unterstreichen, dass bereits jetzt mehr als die Hälfte der Mittel für die Entwicklung von kleinen und mittelgroßen Städten im ländlichen Raum eingesetzt werden.

Seit ich im Amt bin, habe ich jeden Hochschultag besucht und auch gefördert – Letzteres materiell und immateriell. Wenn ich nun sage, dass Sie mir alle lieb und teuer sind, dann ist das wörtlich zu nehmen und bezieht sich auch auf unsere Förderung. Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat sich seit 2009 als generationsübergreifende Dialogplattform für Politik, Wissenschaft und Praxis



zum Austausch über aktuelle Fragen der Stadtentwicklungspolitik bewährt, und er leistet einen wichtigen Beitrag zum fachlichen Diskurs sowie der disziplinübergreifenden Zusammenarbeit. Diesem Kongress gelingt es nachweislich, diejenigen zusammenzubringen, die zusammengebracht werden müssen, um Antworten auf die aktuellen stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen zu finden. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis, zusammen mit Politik und Verwaltung, ist dabei sicherlich nicht immer einfach, aber aus meiner Sicht unerlässlich, um Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu finden. Ich freue mich und schätze es sehr, dass mit dem Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eine funktionierende Plattform zum Austausch und, aus meiner Sicht besonders wichtig, des gegenseitigen Zuhörens besteht. Allein schon an der Vorbereitung haben sich 25 Hochschulen gemeinsam beteiligt, haben auch thematisch passende Lehrveranstaltungen angeboten und die Foren intensiv vorbereitet, die heute Nachmittag stattfinden. Für dieses Engagement danke ich herzlich. Ohne es würde der Hochschultag in dieser Form nicht existieren. Und uns würde ein wichtiges Forum zum Austausch und zum Nachdenken über künftige Entwicklungen in den Städten fehlen. Wenn ich bei Ihnen bin, denke ich an das Foyer im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dort findet sich ein wunderbarer Satz: „Rede, Widerrede und wieder Rede“. Er beschreibt genau die Stärke des Hochschultages: Miteinander in den Dialog zu treten und zu diskutieren.

Die Wahl des diesjährigen Themas „Stadt und Region als Arbeitsort“ zeigt wieder einmal, dass Sie die richtigen Themen für einen aktuellen und spannenden Diskurs finden, was nicht immer selbstverständlich ist. Unsere Städte sind im Wandel, nur wenig ist von Dauer und wir müssen eigene Antworten auf die Frage finden, wie wir mit dem Wandel der Arbeitswelt umgehen wollen und was das für die Entwicklung der Städte bedeutet. Das Thema „Stadt und Region als Arbeitsort“ trifft den aktuellen Diskurs der Stadtentwicklungspolitik zum Wohnen, Leben und Arbeiten in Stadt und Region punktgenau. Die Frage nach den Einflüssen bestehender und zukünftiger Arbeitswelten auf unsere Städte, Gemeinden und Regionen zählt zu den drängendsten in der Stadtentwicklungspolitik. Wir müssen neue Antworten finden für die Städte und Gemeinden, die eben nicht nur Wohnort sind, die nicht nur Orte des Zusammenlebens und Orte der Freizeit sind, sondern eben auch Orte der Arbeit und Orte der Wirtschaft. Was bedeutet das für eine Arbeitsgesellschaft im Wandel? Was bedeutet dieser Wandel für unsere Städte und Gemeinden sowie im Zusammenhang mit der regionalen Ebene? Welche Rolle spielt die Digitalisierung, von der wir sagen, sie könnte die potenzierte Industrialisierung unserer Zeit sein?

Wir benötigen Antworten darauf, wie mit einem möglichen Wegfall von Arbeitsplätzen im Zuge notwendiger unternehmerischer Anpassungen an die Digitalisierung umgegangen werden kann, welche Arbeitsplätze durch die Digitalisierung neu geschaffen werden und wie diese Entwicklung räumlich zu verorten ist.

Großstädte und Ballungsräume sind immer noch die Orte, an denen die meisten Menschen leben möchten. Auch deshalb fehlt

es dort an bezahlbaren Wohnungen und mittlerweile oft auch an Gewerbeflächen. Gleichzeitig gibt es viele Regionen, in denen der demografische Wandel und Wegzüge zu einer großen Anzahl von leerstehenden Wohnungen führen, und auch Orte, in denen Ausbildungs- und Arbeitsplätze nicht besetzt werden können. Diese strukturschwächeren Regionen dürfen weder heute noch in Zukunft abgehängt werden. Auch die Arbeitsplätze dort dürfen nicht in Großstädte und Ballungsräume verlegt werden. Zum einen, weil es die Situation in den strukturschwächeren Regionen verschlechtern würde, zum anderen, weil es die Wohnungsmärkte in den Großstädten und Ballungsräumen noch weiter unter Druck setzen würde. Gemäß Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung vorgenommen, Rahmenbedingungen für den Bau von 1,5 Mio. Wohnungen in den nächsten vier Jahren zu schaffen – das ist eine gewaltige Herausforderung.

Durch den steigenden Bedarf an Wohnungen und Arbeitsstätten und die begrenzte Flächenverfügbarkeit in bereits verdichteten Städten entstehen Konkurrenzen zwischen dem Bedarf an Wohnraum und gewerblichen Räumen. Es stellt sich die Frage, wie eine gute Mischung möglich ist. Als eine Antwort hierauf haben wir im vergangenen Jahr das Urbane Gebiet eingeführt und eine hohe positive Resonanz dafür bekommen. Dieses Instrument soll dazu beitragen, dass Wohnen, Arbeiten und Leben in der Stadt wieder näher zusammengebracht und kurze Wege geschaffen werden. Kurze Wege, damit der Verkehr nicht weiter zunimmt und um möglichst wenig Fläche zu verbrauchen. Verstopfte Straßen und ein überfüllter Nahverkehr zählen mittlerweile zum Alltag in unseren Großstädten und Ballungsräumen, gleichzeitig nehmen die Arbeitswege zu, die Pendlerströme wachsen stetig an und der Zuzug in die Städte findet weiter statt. Auch das ist ein wichtiger Aspekt, mit dem man sich befassen sollte, wenn es um die Arbeits- und Lebenswelt der Zukunft geht.

Meine Damen und Herren, das Thema der heutigen Tagung ist sehr umfassend, genau wie die daraus resultierenden Herausforderungen. Ich möchte mein Grußwort gerne mit der Aufforderung schließen, keine Tabuisierung in Ihren Diskussionen vorzunehmen. Wenn wir über Zukünfte sprechen, brauchen wir einen offenen Dialog. Wir brauchen neue Antworten, die wir nur bekommen, wenn wir die richtigen und auch neue Fragen stellen. Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist genau das richtige Format, diese Fragen zu stellen und gemeinsam nach Antworten zu suchen. Ich sage mal ganz salopp: Wenn es den Hochschultag nicht gäbe, dann müssten wir ihn erfinden. Das müssen wir zum Glück nicht mehr, denn es ist ein eingeübtes, produktives Format. Ich wünsche Ihnen heute und morgen eine gute und produktive Zeit und viel Erfolg!

Zudem möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken, die dazu beigetragen haben, dass es den Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal gibt. Ich wünsche Ihnen zwei interessante Tage, die von neuer Inspiration geprägt sind.

Herzlichen Dank!

Grußwort

Paul Börsch,
*Vizepräsident,
Deutsche Akademie
für Städtebau und
Landesplanung e. V.*

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich, Sie heute als Vizepräsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. zum 6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik begrüßen zu dürfen. Herr Staatssekretär Adler hat die große Bedeutung des Hochschultages als Dialogplattform für den Austausch von Politik, Wissenschaft und Praxis im Feld der Stadtentwicklungsplanung bereits angesprochen. Ich möchte dies nochmal unterstreichen und kann nur hinzufügen, dass dieser Dialog insbesondere in der alltäglichen Arbeit durchaus noch weit intensiver betrieben werden könnte. Hier erlebe ich häufig leider auch eine wachsende Entfernung zwischen Praxis und Wissenschaft. Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bietet hier einen hervorragenden Anstoß zum Gegensteuern.

Herr Staatssekretär Adler hat eben das Urbane Gebiet und die Reurbanisierung angesprochen. Wir haben alle vergessen, wie sehr wir Planer uns in den Achtziger-, Neunziger- und Nullerjahren herbeigesehnt haben, dass diese Entwicklung irgendwann

einsetzen würde. Als das schließlich in Erfüllung ging, haben wir natürlich gehofft, mit der Renaissance der Städte ließen sich jetzt endlich auch die Idealvorstellungen der nutzungsgemischten europäischen Stadt verwirklichen. Doch die Realität sieht vielerorts ganz anders aus.

Die klassischen Flächen, auf denen früher mitten in den Städten die Arbeit stattgefunden hat, werden aktuell in rasanter Geschwindigkeit von neuen Wohnungsbauprojekten absorbiert. Raum und Platz für Arbeit nehmen hier gerade radikal ab. Die neue Arbeit rutscht aus den innerstädtischen Fabrikarealen einerseits in wohnähnliche Situationen, andererseits in die Rückseiten und Kellerküchen unter den Gastronomiebetrieben der neuen urbanen Stadtviertel, oder sie wandert in die Zwischenstadt der Logistikbetriebe und Einkaufszentren oder auf die Autobahn. Im stadträumlichen Kontext der Innenstädte ist sie kaum noch präsent.

Auch die Arbeit an sich unterliegt einem fundamentalen Wandel, getrieben durch Digitalisierung, Globalisierung und künstliche Intelligenz. Unter diesem vielbeschriebenen Wandel zeigt sich jedoch



noch ein anderer Subtext: Längst nicht mehr jede Arbeit ist noch erforderlich, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Unsere Gesellschaft ist tief gespalten in diejenigen, die arbeiten müssen, um zu überleben, und diejenigen, für die ihr Kapital arbeitet und die eine sinnfüllende Tätigkeit suchen oder ausüben, ganz egal welche Wertschöpfung daraus entsteht.

Hinter nicht wenigen der schönen neuen Visionen von urbaner Arbeit stehen in Wahrheit satte Erträge aus Immobilien oder Erbschaften – oder aber prekäre Lebenslagen. In den Städten und Regionen, wo nicht die Gesellschaft der urbanen Erben zu Hause ist, ist es ungleich schwerer, den Wandel in der Arbeitswelt aufzufangen und in eine tragfähige Stadtentwicklung zu überführen.

Natürlich bietet die Reurbanisierung und Veränderung der Arbeitswelt auch Potenziale. Die Kombination von Wohnen, Arbeiten und Leben in urbanen Quartieren ist eine große Chance, die Lebensqualität in unseren Städten zu verbessern, die Anforderungen von Familie und Arbeit miteinander zu vereinen und kurze Wege zu ermöglichen. Das spart Energie und Mobilität.

Eine weitere Frage ist aber: Wie anpassungsfähig sind unsere Städte und Regionen, wenn sich die aktuellen Wertschöpfungsketten und Wirtschaftsmechanismen eines Tages wieder verändern? Was geschieht mit der Wissensgesellschaft, wenn immer mehr Produktivität durch künstliche Intelligenz abgewickelt wird, die Stadtgesellschaft kaum noch an deren Wertschöpfung partizipiert, wir aber keine Flächen mehr für Arbeit in den Städten haben? Ist es wirklich ausreichend, die Wissensgesellschaft allein als wirtschaftliche Grundlage unserer künftigen Gesellschaft anzunehmen?

Schließen möchte ich mit einem Appell aus der Praxis an die Hochschulen und Studierenden. Die aktuelle Renaissance der Städte braucht gerade in dieser stürmischen Wachstumsphase Menschen, die sie gestalten und dafür sorgen, dass die Städte der Zukunft gute Städte sein werden. Dazu braucht man eine ganze Menge an Basiswissen: Wie groß ist ein Quartier, wie tief ist ein Haus, wie breit eine Straße, wie groß ist ein guter Platz, ein Quartierspark, was ist ein guter Wohnungsgrundriss?

Nutzen Sie Ihre Ausbildung, um sich mit dem Rüstzeug auszustatten, das man braucht, um später ganz konkret räumlich Stadt planen zu können. Dazu muss man – auch in einer Behörde – städtebaulich entwerfen können. Es geht auch um das Planungsrecht und die Bauleitplanung. Die Städte suchen alle momentan händeringend nach gut ausgebildeten Leuten, die sofort in diese Aufgaben einsteigen können.

Leider stellen wir häufig fest, dass sich Absolventen zwar wunderbar mit innovativen Moderationsprozessen, gesellschaftlichen Idealen und Utopien auskennen, aber wie man Stadt plant, das wissen sie nicht so genau. Ich kann nur an Sie appellieren: Sie haben jetzt eine wunderbare Chance, wirklich viel neue Stadt zu planen! Das ist doch eine großartige Perspektive! Dazu müssen Sie lernen, wie das geht.

Ich wünsche Ihnen nun lehr- und diskussionsreiche Tage und freue mich auf das weitere Programm.

Herzlichen Dank!



Produktive Konflikte: zum Verhältnis von Arbeits- und Stadtgesellschaft

Prof. Dr. Ilse Helbrecht,
Humboldt-Universität
zu Berlin

Einleitung

Metropolen boomen. Die Arbeitsgesellschaft wird urbaner und flexibler, zugleich sind die Übergänge von Freizeit und Arbeit zunehmend fließend. Daher stellt sich die Frage: Ist der Konflikt von Arbeits- und Stadtgesellschaft *heute* eigentlich noch ein Thema?

Blicken wir zurück in die Zeit der Industriegesellschaft, dann scheint schnell offensichtlich, dass es damals harte Konflikte gab zwischen Stadt und Arbeit. Denn in der Industriegesellschaft waren viele Arbeiten nicht nur körperlich schwer, sondern auch umweltbelastend und schmutzig. Der Begriff „schwarze Industrien“ verdeutlicht, dass in den Großstädten des Industriezeitalters auch Lärm und Dreck produziert wurden und die Umweltbelastung entsprechend hoch war. Seit Beginn der Industrialisierung sind somit Stadtfucht der Eliten und Suburbanisierung der Mittelschichten dominante Motive.

Mit eben diesem Thema befasste sich die Chicagoer Schule seit den Zwanzigerjahren und entwickelte

stadttheoretische Modelle zur inneren Struktur der Industriestadt. Ernest Burgess, Mitbegründer der Chicagoer Schule, hat über das Verhältnis von Stadt, Arbeit und Gesellschaft unter Industrialisierungsbedingungen nachgedacht und ist zu einem konzeptionellen Schema von Stadt gekommen. Sein Ringzonen-Modell zeigt: Zuerst ziehen Einwanderer in das Stadtzentrum, das von einer Transitionszone umgeben ist. Dann schließen sich die Arbeiterquartiere an und am Stadtrand entstehen die Wohn- und Pendlergebiete der Menschen mit höherem Einkommen und Status. Der Trick an diesem so statisch wirkenden Modell ist: Man muss sich das räumliche Muster dynamisch wie einen Stein vorstellen, den man ins Wasser wirft. Die Wellen breiten sich in konzentrischen Kreisen nach außen aus. Städte wachsen. Und alle, die es sich leisten konnten, zogen im Industriezeitalter an den Rand der Stadt; sie betrieben Stadtfucht, weil im Kern der Stadt durch die schwarzen Industrien schlechte Lebensverhältnisse herrschten.



Diese Zeiten sind lange vorbei. Wir leben in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft. Suchen wir heute nach Bildern zum Thema Arbeit in der Stadt, dann kommen wir eher auf „nette Coworking Spaces“, junge Leute, die in interessanten, funktional gemischten Quartieren leben, wir denken an Wohnen und Arbeiten auf engem Raum (Loft Living), und der Bezug zur Stadt ergibt sich eher aus dem urbanen Ambiente von Cafés, attraktiven öffentlichen Plätzen und innovativen, anregenden Mischungen aus Hoch- und Subkultur.

Meine Damen und Herren, es stellt sich die Frage: Gibt es heute eine Art von neuer Urbanität, in der auch eine neue Harmonie existiert zwischen Arbeiten und Wohnen? Ist die „kreative Stadt“ eine eierlegende Wollmilchsau aus attraktiven Arbeits- und Wohnumgebungen zugleich, unterstützt von dem stadtplanerischen Leitbild der Funktionsmischung und kurzen Wege? Ich möchte in diesem Vortrag fundamentale produktive Konflikte zwischen der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft und Stadtgesellschaft in unser Bewusstsein rufen. Ich werde aufzeigen, dass es sehr wohl heute gravierende Probleme gibt, die wir nur zum Teil angemessen wahrnehmen. Dafür betrachte ich das Verhältnis von Arbeit und Stadtgesellschaft in einem historischen Rückblick über die Epochen, von der Antike über das Mittelalter bis zur Gegenwart, in einem Schnelldurchlauf durch die Geschichte.

1. Antike

Wir alle haben Vorstellungen von der Antike, vor allem der griechischen Polis als dem Ort, an dem die Demokratie erfunden wurde. Hier kamen auf der Agora im Stadtzentrum die Bürger zusammen, um die Belange der Stadt zu diskutieren. Diese Vorstellung ist auch richtig. Aber wir dürfen sie, wie Hannah Arendt (2010) es in ihrem Buch „Vita activa“ sehr schön darlegt, noch tiefgreifender denken: Die Erfindung der Demokratie basierte darauf, dass im antiken griechischen Denken Öffentlichkeit und Privatheit, politische Angelegenheiten und Wirtschaft, auf das Strikteste getrennt waren. Das Ideal der Polis mit der Agora als Inbegriff des öffentlichen Raumes beinhaltete, dass auf der Agora nur Dinge besprochen wurden, die eben nichts mit Arbeit und nichts mit wirtschaftlichen Fragen zu tun hatten. Alle Belange des Arbeitens fanden im privaten Haushalt, zu Griechisch dem „Oikos“, statt.

Hannah Arendt spricht hier vom „Reich der Freiheit“, das auf der Agora gelebt wurde, während im privaten Haushalt ein „Reich der Notwendigkeiten“ herrschte. Dort wurde gearbeitet, es gab Herren, die befahlten, und Sklaven, die die Arbeit verrichteten. Im antiken Denken wäre der Begriff der *politischen Ökonomie* vollkommen undenkbar, so Arendt. Denn dass Politik sich mit Ökonomie zu politischer Ökonomie mischen könnte, war für die alten Griechinnen und Griechen unvorstellbar.

Wenn ich alle ökonomischen Fragen, alle Fragen von Arbeit, Einkommen und Lebensunterhalt in den öffentlichen Debatten vermeide – was haben die Griechen auf der Agora eigentlich diskutiert? Zwei der berühmtesten Vertreter, Sokrates und Platon (vgl. Abb. 2), stehen für eine öffentliche Debattenkultur, in der es um die Fragen des Wahren, des Schönen, des Guten ging. Die



Abb. 1 Arbeit und Öffentlichkeit in der Antike (Quelle: eigener Entwurf, Ilse Helbrecht)

griechische Polis basiert darauf, dass das Städtische ein Reich der Freiheit ist, wo Gleiche unter Gleichen sich im dialogischen Austausch begegnen. Aber der Oikos, der private Haushalt, die Wertschöpfung an sich, dieses Reich der Notwendigkeit, war ausgegrenzt. Arbeit in der griechischen Polis war komplett unsichtbar.

Karl Marx fragte, warum die alten Griechen den Wert der Arbeit als Quelle der Wertschöpfung nicht erkennen konnten. Seine Antwort: weil es eine Sklavenhaltergesellschaft war. Weil Arbeit niedrig war, erniedrigend, von Sklaven getätigt wurde. Also eine komplette Gegenüberstellung von Unfreiheit und Freiheit, vom Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit, von Öffentlichkeit und Privatem – das ist die griechische Polis. Man kann mit Hannah Arendt sagen: Stadtbildend in der griechischen Antike ist die Agora als Reich der Freiheit. Das Reich der Notwendigkeit und der Arbeit wurde verdrängt.

2. Mittelalter

In welcher Beziehung stehen Arbeit und Stadtgesellschaft im Mittelalter, der großen Phase der Urbanisierung in Europa? Die meisten Städte in Deutschland sind zwischen dem 11. und 14. Jahrhundert gegründet worden. Wenn man die mittelalterliche Stadt aufruft, dann kommen einem bestimmte Bilder in den Kopf. Es gibt spezifisch für das Mittelalter einen historisch-juristischen Stadtbegriff, basierend auf Marktrechten, Münzrechten usw. Weitere deskriptive Eigenschaften sind etwa die Stadtmauer,



Abb. 2 Platon: Dialoge als Inbegriff öffentlicher Debatten (Quelle: Caroline Rixen)



Abb. 3 Berlin Alexanderplatz: die Stadtöffentlichkeit als Markt (Quelle: Philipp Dubrau)

der Marktplatz und die Gliederung in Viertel. Nach Max Weber (1980) kann eine Stadt grundsätzlich auf zweierlei Art begründet sein, nämlich 1. durch das Vorhandensein eines grundherrlichen Fürstensitzes und 2. aus dem Bestehen eines regelmäßigen Güteraustausches am Ort der Siedlung, eines Marktes.

Es ist eine historisch ebenso wie politisch sehr spannende Frage, wie es eigentlich dazu gekommen ist, dass im Mittelalter in Europa – und wirklich nur in Europa! – eine Form von Stadt entsteht, die einerseits diesen Markt etabliert und andererseits die Stadtbürgerschaft gründet, die mit den politischen Freiheiten und Rechten des Bürgertums verbunden ist. Im Mittelalter herrschte die Regel „Stadtluft macht frei“, denn nur Bürger innerhalb der Stadtmauern waren frei, während jenseits der Mauer die unfreien Bauern als Hörige lebten und Frondienste erbrachten. Max Weber sagt: Entscheidend für die Entwicklung der mittelalterlichen Stadt zum Verband von gleichberechtigten Bürgern, die sich selbst verwalteten, war, dass die Bürger ihre ökonomischen Interessen institutionalisieren wollten. Nicht das politische Handeln stand für sie im Mittelpunkt, sondern ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten, die ihnen nur der Raum innerhalb der Stadtmauern bot.

Die Idee der Selbstverwaltung der Gemeinde, der sich selbst regierenden Städte mit Bürgerinnen und Bürgern als Stadtgesellschaft, das ist eine im Kern – so Max Weber – spezifisch europäische Erfindung. Es ist „eine revolutionäre Usurpation“, die die Stadtbürger durch die Gründung der Stadt mit dem Ziel des Arbeitens in der Stadt vollziehen: „die bürgerliche gewerbliche Binnenstadt, war überhaupt primär ökonomisch orientiert“ (Weber 1980: 805). Es ging den Bürgerinnen und Bürgern um die „Monopolisierung der ökonomischen Chancen“ (Weber 1980: 749). Die neue Schicht der Bürger ist allein durch ihren ökonomischen Status definiert. Das Bürgertum in Europa hat sich im Mittelalter politische Stadtrechte ausschließlich deshalb erkämpft, um darauf aufbauend den Markt herzustellen und eigenständig zu wirtschaften.

Der Bürger im Mittelalter ist also ein *Homo oeconomicus*. In dem Kampf der Stadtbürger um ihre ökonomischen Interessen entsteht – so Weber – der Kapitalismus: „Die politische Situation des mittelalterlichen Stadtbürgers wies ihn auf den Weg, ein homo oeconomicus zu sein, während in der Antike sich die Polis während der Zeit ihrer Blüte ihren Charakter als des militärtechnisch höchststehenden Wehrverbands bewahrte: der antike Bürger war homo politicus“ (Weber 1980: 805).

Schon die mittelalterliche Stadt ist also eine Übernahme der in der Antike nur im Oikos (dem privaten Haushalt) verhandelten Dinge in den öffentlichen Raum. Die Industriegesellschaft ist in dem Sinne die konsequente Fortsetzung davon, nämlich die Perfektionierung der Ökonomisierung und Privatisierung des Städtischen in den Dimensionen der Massengesellschaft. Zum ersten Mal in der Epoche der Industriegesellschaft wird der Begriff *Gesellschaft* verwendet. Wie entsteht Gesellschaft nach Hannah Arendt? „Der Raum des Gesellschaftlichen entstand, als das Innere des Haushalts mit den ihm zugehörigen Tätigkeiten, Sorgen und Organisationsformen aus dem Dunkel des Hauses in das volle Licht des öffentlich politischen Bereichs trat.“ (Arendt 2010: 50)

Gesellschaft beruht also darauf, dass ehemals nur dem Oikos, dem privaten Haushalt vorbehaltene Themen und Tätigkeiten jetzt öffentlich werden. Arendt führt diesen Gedankengang fort und definiert Gesellschaft folgendermaßen: „Die Gesellschaft ist die Form des Zusammenlebens, in der die Abhängigkeit des Menschen von seinesgleichen um des Lebens selbst willen und nichts sonst zu öffentlicher Bedeutung gelangt und wo infolgedessen die Tätigkeiten, die lediglich der Erhaltung des Lebens dienen, in der Öffentlichkeit nicht nur erscheinen, sondern die Physiognomie des öffentlichen Raums bestimmen.“ (Arendt 2010: 59) Der Staat wird sozusagen zum National-Oikos, der sich unter Bismarck erstmalig um die Krankheitsversorgung seiner Bürger kümmert. Mit der Einführung der Sozialversicherung und Wirtschaftspolitik etabliert der

Nationalstaat unter dem Begriff der Nationalökonomie schließlich all das in Öffentlichkeit, Gesellschaft und Staat, was früher im Oikos, im Privaten, angesiedelt war. Darüber hinaus, so Hannah Arendt, gebe es inzwischen gar keine Vorstellung mehr vom Reich der Freiheit. Schon die mittelalterliche Stadt war primär auf ökonomischen Interessen des Bürgertums gegründet. Die industrielle Stadt transformiert diese erneut. Sie gründet neue Agglomerationsräume, die allein der Produktion dienen. Das Ruhrgebiet ist ein wunderbares Beispiel für eine Region, deren Städte in Teilen wie bspw. Oberhausen ihre Existenz alleine der Arbeitsgesellschaft verdanken.

3. Industrialisierung/Neuzeit

Dass in der Industriegesellschaft und industriellen Stadt die Arbeit primär war und das Reich der Notwendigkeit somit den öffentlichen Raum definierte, zeigt sich auch in den Klassikern der Stadtsoziologie, die über die moderne Großstadt nachdenken. So etwa argumentiert Hans Paul Bahrdt (2006) in seinem Buch „Die moderne Großstadt“: Definitionskriterium für die Stadt sei das spezifische Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit, welches es nur in der Stadt gebe. Auf dem Land existiere diese Polarisation der beiden Sphären nicht. Da kenne jede jeden im Sinne einer vollständigen sozialen Integration. Nur in der Stadt, so Bahrdt, bilde sich die grundlegende Polarisierung der beiden Sphären aus: eine intime Privatheit in der eigenen Wohnung, und eine städtische Öffentlichkeit wie etwa am Alexanderplatz/Berlin, den jeden Tag ca. 300.000 Menschen queren und dabei in der Anonymität der Masse untergehen. Deutsche Stadtsoziologen wie z. B. Walter Siebel haben viel über die Rolle der Öffentlichkeit bei der Integration von Fremden als Besonderheit der Stadt nachgedacht.

Das Modell von Öffentlichkeit, wie es Bahrdt und andere für die moderne Großstadt denken, ist komplett am Markt orientiert. „Der Markt ist die früheste Form einer Öffentlichkeit im soziologischen Sinn“ (Bahrdt 2006: 83). So wie sich ein Käufer und Verkäufer auf dem Markt begegneten – als Fremde, distanziert, nicht sozial integriert, aber hochgradig funktional –, so sei das Zentrum städtischer Öffentlichkeit. Es dominiert nun also der Oikos die Agora.

In der Charta von Athen wurde versucht, auf diese ökonomische Funktionsweise der industriellen Stadt zu reagieren. Die Metapher des Arbeitens – Le Corbusiers „Wohnmaschine“ – fand Eingang in stadtplanerische Modelle des Wohnens. Das Ende dieser Epoche der vollkommenen Unterordnung der Stadt unter das Thema Arbeit hat mit großer Resonanz Jane Jacobs 1961 eingeläutet mit ihrem eindrucksvollen Buch „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“. Jacobs versucht, die Stadt als Lebensraum wieder in den Vordergrund zu rücken.

4. Stadt und Arbeit heute

Wo stehen wir heute in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft? Wir haben komplett andere Stadtformen als die industrielle Stadt. Wenn ich es auf die einfachste Weise räumlich beschreiben wollte: Die industrielle Stadt ist mit Stadtfucht der Wohlhabenden und der Mittelschicht sehr stark verbunden. Heute kehren über die Re-Urbanisierung – die Wiederkehr der Innenstädte (Gentrification)

– die Menschen, auch die Wohlhabenden und die gut Gebildeten, zurück in die Stadt. Es ist nicht mehr und nicht weniger als ein epochaler räumlicher Wandel (Helbrecht 2016).

Warum wollen jetzt alle (wieder) in die Stadt? Was hat das mit neuen Arbeitsverhältnissen zu tun? Einer, der versucht, das Phänomen zu erklären – wenn auch sehr umstritten –, ist Richard Florida. Er glaubt, mit dem Strukturwandel der Wirtschaft habe sich eine Veränderung ergeben im Verhältnis von Wirtschaft und Stadt und von Arbeitnehmern und Umwelt. Seine Theorie ist die der „kreativen Stadt“ mit dem Entstehen der kreativen Klasse als neuer Berufsgruppe, wo alle in Clouds usw. kreativ als professionelle, akademisch Gebildete unterwegs sind. Florida konstatiert einen radikalen Wandel. Während früher galt: „People follow Jobs“ – beispielsweise war die Kohle im Ruhrgebiet, also mussten Unternehmen und Arbeiterschaft dort hinziehen –, gelte nun: „Jobs follow People“. Dort, wo die Menschen leben wollen, möchten auch die Konzerne sein. Ein gutes Beispiel dafür ist momentan Berlin mit seiner Startup-Branche und der Attraktion für Google und Co.

Richard Florida argumentiert mit dem Wachstum der kreativen Klasse, die immer weiter zunehmen werde und neue Ansprüche an ein attraktives Arbeits- und Wohnumfeld stelle. Während in der industriellen Gesellschaft die Industriestandorte auf Kosten der natürlichen Ressourcen und Umwelt gewirtschaftet hätten, sei es jetzt umgekehrt. Nur da, wo hohe Lebensqualität und gute Umweltbedingungen herrschen, siedeln sich Firmen an, um die jungen Talente zu finden.

Neuere Arbeitsformen sind deshalb oftmals verbunden mit Bildern und geografischen Imaginationen von schönen neuen Welten. In Räumen wie dem „Apple-Park“ oder „Google-Campus“ scheint es, als wäre endlich der Widerspruch von Arbeit und Wohnen aufgelöst. Um zu erklären, warum München seit Jahrzehnten boomt und das Ruhrgebiet zum Teil nicht auf die Beine kommt, diskutiert die Stadtforschung schon seit mehr als 20 Jahren die Rolle „weicher Standortfaktoren“. Der damalige Bundespräsident und Bayer Roman Herzog sprach 1998 von der „Symbiose aus Laptop und Lederhose“. In weiser Voraussicht hatte die IBA Emscher Park 1987 schon das Leitbild ausgegeben: Wohnen und Arbeiten im Park. Diese Idee, dass die neuen Arbeitsorte eigentlich nach innen wie Wohnbereiche sind und außen einen großen Teil der Natur integrieren, scheint so zu sein, als wenn jetzt endlich eine neue Harmonie entstanden sei zwischen dem Reich der Freiheit, wie Hannah Arendt es nennt, und dem Reich der Notwendigkeit.

Doch leben wir wirklich in einer Zeit, wo Arbeiten, Leben und Stadt harmonisch zueinander finden und die Frage nur noch ist: Wer baut wo und wie am schnellsten, um die wachsende Nachfrage sowohl nach Wohnen und Arbeiten in Agglomerationsräumen zu bedienen? Ich gebe Ihnen drei Argumente, warum ich nicht glaube, dass heute die Arbeitsgesellschaft und die Stadtgesellschaft harmonisch eins geworden sind.

1. Soziale Polarisierungsprozesse
2. Kulturelle Selbstausbeutung
3. Räumliche Muster der neuen Stadt



1. Selbst wenn Richard Florida Recht hätte, dass von den neuen Tätigkeiten ca. 30 % die kreative Klasse erbringen, gehören doch 70 % der Menschen einfach nicht dazu – selbst bei Florida! Diese 70 % bringen uns das Mittagessen, putzen unsere Wohnungen, fahren die Taxis usw. Wenn man in einer Stadt wie Berlin lebt, wo die Armutsquote bei 20 % ist und jedes dritte Kind aus einem Hartz-IV-Haushalt kommt, dann weiß man, dass soziale Spaltung auch in erfolgreichen Wissensmetropolen vorhanden ist. Es war Saskia Sassen, die schon 1991 in ihrem Buch „The Global City: New York, London, Tokio“ darauf hingewiesen hat, dass dieses Abheben der Finanzmärkte und der Professional Industries nur möglich ist, weil es gleichzeitig die Schuhputzer und Pizzaboten gibt. Die Dienstleistungsgesellschaft spaltet sich mindestens in zwei Gruppen: Die, die vom Mindestlohn nicht leben können und deswegen zweieinhalb Jobs brauchen, und Menschen – Akademikerinnen und Akademiker wie wir –, denen es gut geht. Deswegen gibt es Konflikte – und zwar massive Interessenskonflikte um Formen von Arbeit.

2. Neue Untersuchungen verweisen darauf, dass das, was innerhalb dieser 30 % passiert, innerhalb der Gruppe der Kreativen, durchaus problematisch ist. Wir wissen, dass Gentrifizierungsprozesse und die Frage, wie sich Menschen räumlich in der Stadt zusammenfinden, von dem dominiert werden, was man ontologische Unsicherheit nennt, also die Angst der Mittelschichten vor dem sozialen Abstieg. Der Stress, den diese neue Wirtschaft produziert – ob das die Burn-outs sind, ob es der Fluch der Entgrenzung von Arbeit und Freizeit ist –, wird manchmal noch verklärt. Studien zeigen, dass diese Klientel von Selbstausbeutung getrieben ist. Wenn man bedenkt, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen von Menschen in kulturschaffenden Bereichen in Berlin unter 20.000 Euro liegt und dass ein Künstler bzw. eine Künstlerin im Durchschnitt in der Hauptstadt weniger als 10.000 Euro im Jahr verdient, dann weiß man, dass es um Prekarisierung geht.

3. Dieser epochale Umbau der Stadt aus einer industriellen Stadtgesellschaft, wo zuerst Stadtflicht betrieben wird und jetzt zurück in die Stadt gezogen wird, führt zu Gentrifizierung und massiver Verdrängung. Auch das kann man in Berlin gerade gut beobachten. Sozialräumliche Polarisierung, steigende Mieten, der Run auf die Stadt – all das führt zu immensen Konflikten.

Fazit

Die Stadt ist ambivalent. Sie zehrt schon in der Antike von der dialektischen Beziehung zwischen dem Reich der Freiheit und dem Reich der Notwendigkeit. Auch heute ist die Arbeit nicht dem Reich der Notwendigkeit entzogen. Die historische Dynamik seit der Antike ist offensichtlich: Es ist die Privatisierung und die Ökonomisierung der Stadt als Reich der Notwendigkeit. Es ist eine Verlustgeschichte für das Nichtökonomische und das wirklich Öffentliche. Das Leitbild der „kreativen Stadt“ ist eine Chimäre, sie setzt sich aus extrem Unterschiedlichem zusammen. Sie gibt vor, dass hier beide Reiche aufs Angenehmste zusammenkommen. Doch das ist eine Illusion. Ich glaube, dass wir die Probleme heute viel zu wenig wahrnehmen. Die Konflikte sind unsichtbar und undiskutiert. Das birgt große Gefahren. Ja, es gibt Konflikte, große Konflikte zwischen Stadtgesellschaft und Arbeitsgesellschaft. Und wenn ich Hannah Arendt treu bleibe, dann muss ich sagen: Schon der Gesellschaftsbegriff an sich ist das Problem.

Literatur

- Arendt, Hannah, 2010: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München (Erstausgabe in deutscher Fassung 1967).
- Bahrdt, Hans Paul, 2006: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Wiesbaden (Erstausgabe 1961).
- Helbrecht, Ilse (Hrsg.), 2016: Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien. Bielefeld.
- Sassen, Saskia, 1991: The Global City. New York, London, Tokyo. Princeton.
- Weber, Max, 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen (Erstausgabe 1921).

Urbane Fabriken:

Perspektiven für die Produktion in der Stadt

Prof. Dr. Christoph
Herrmann,
Max Juraschek,
TU Braunschweig

Motivation

Produktion ist ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Stadt. Heute leben mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Diese Städte und urbanen Regionen haben auch eine große ökonomische Bedeutung. Allein die 300 größten Metropolen dieser Welt erwirtschaften mehr als 50% der globalen Wertschöpfung. Das heißt, dass Urbanisierung und Wertschöpfung eng miteinander zusammenhängen. Die industrielle Herstellung von Produkten ist zentraler Bestandteil dieser Wertschöpfung und ein Treiber für Wohlstand. Insbesondere in Deutschland leben wir nicht in einer postindustriellen Gesellschaft, sondern profitieren von innovativen, produzierenden Unternehmen. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung muss den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung – auch gerade in Städten – Rechnung tragen. In einer nachhaltigen und produktiven Stadt wird die industrielle Produktion durch komplementäre Dienstleistungen ergänzt. Viele Fabriken, die heute im urbanen Raum angesiedelt sind, waren ursprünglich für den Betrieb außerhalb von Städten geplant. Durch das Wachstum der Stadt wurden diese Fabriken zu „ungeplanten“ urbanen Fabriken, die nun mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert sind. Erschwerend kommt hinzu, dass bisher nur wenige Methoden und Technologien verfügbar sind, die eine Transformation bestehender Fabriken im Hinblick auf die Anforderungen einer Stadt unterstützen. Aber auch die gezielte Ansiedlung von Fabriken in einer Stadt und das Erschließen von Potenzialen, beispielsweise resultierend aus der Nähe zu Kundinnen, Kunden und Mitarbeitenden, wird durch bestehende Planungsmethoden nur unzureichend unterstützt.

Wenn wir heute von einem revolutionären Wandel der industriellen Produktion sprechen, ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, dass zum einen große Umbrüche auch in der Vergangenheit immer wieder stattgefunden haben und zum anderen diese Umbrüche rückblickend durch eine exponentielle Veränderung gekennzeichnet waren. So hat die Entwicklung neuer Technologien und Prinzipien beispielsweise neue Produktionsweisen ermöglicht. Dieser stetige Wandel ist als Kontext auch für zukünftige Entwicklungen wichtig, daher sind einige Produktionsweisen im Folgenden kurz chronologisch erläutert.

Bis zur einsetzenden Industrialisierung war im urbanen Raum die handwerkliche Produktion vorherrschend. Eine wichtige Eigenschaft war dabei die große Produktvielfalt, wobei jedes Produkt in geringen Stückzahlen bezogen auf den tatsächlichen Bedarf meist nah an den Kundinnen und Kunden hergestellt wurde.

Ein wichtiger Übergang fand dann von der handwerklichen Produktion in die Massenproduktion statt. Dies wurde u. a. ermöglicht durch in großer Stückzahl hergestellte, austauschbare Teile und Komponenten. Arbeitsschritte wurden getrennt (vgl. „Taylorismus“) und Montagevorgänge standardisiert. Damit konnte die Produktivität gegenüber einer handwerklichen Produktion erheblich gesteigert werden. Gleichzeitig ging mit diesem Wandel aber auch eine drastisch sinkende Produktvielfalt einher. Mit dem Aufkommen der Massenproduktion wurden Produktionsanlagen und damit auch Fabriken stetig größer und entwickelten sich teilweise zu eigenen, von der Umgebung mehr oder weniger abgeschlossenen Systemen. Die räumliche Konzentration der Fertigungsanlagen machte auch die negativen Auswirkungen auf das Umfeld und die natürliche Umwelt deutlich sichtbar. Insbesondere aufgrund dieser negativen Auswirkungen wurde die Fabrik im Folgenden aus der Stadt verdrängt.

Eine nächste große Veränderung kann in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verortet werden. Ressourcen und auch Arbeitskräfte waren in Deutschland und anderen Ländern sehr limitiert. Dies änderte noch einmal ganz wesentlich das Produktionsverständnis und prägt es bis heute. Das daraus entstandene vorherrschende Paradigma ist „Lean Manufacturing“ („schlanke Produktion“). Die Ursprünge dafür liegen in Japan und werden häufig auf das Toyota-Produktionssystem zurückgeführt. Das hauptsächliche Ziel ist die Vermeidung von Verschwendung – nicht im Sinne einer ganzheitlichen, nachhaltigen Entwicklung, sondern vielmehr bezogen auf die Reduktion unnötiger Arbeitsabläufe und Nacharbeiten. Dieses Verständnis verbunden mit einer kontinuierlichen Verbesserung ist bis heute das dominierende Paradigma in fast allen großen und mittleren Unternehmen.



Um eine Differenzierung im Wettbewerb zu ermöglichen, etablierte sich – insbesondere ausgehend von der Automobilindustrie – die „Mass Customization“. Ziel ist die Herstellung einer höheren Produktvielfalt ohne wesentliche Einschränkung der Produktivität. Produkte können zu einem gewissen Maße auf Kundenwünsche angepasst werden, beispielsweise durch die Wahl einer Farbe. Mass Customization ist noch keine Individualisierung von Produkten, da die Produktvielfalt durch vorgegebene Alternativen bestimmt ist.

An dieser Stelle stellt sich die Frage: Was wird die nächste Entwicklungsstufe sein? In der Vergangenheit hat sich die Produktion nicht nur räumlich von der Stadt und ihrer Bevölkerung entfernt. Dabei wurden einige negative Auswirkungen von „ungeplanten“ Fabriken in Städten vermieden, aber gleichzeitig blieben auch die Potenziale urbaner Fabriken und der Entstehung „produktiver Städte“ ungenutzt. Die im Folgenden diskutierte Hypothese ist, dass die Produktion aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel technologischen Innovationen, wieder dorthin zurückkehrt, wo Menschen leben. Geplante „urbane Fabriken“ können positive Auswirkungen auf die Stadt und das Leben in einer Stadt haben.

Eine urbane Fabrik

Aus Produktionssicht ist eine Fabrik ein positiver Ort. Hier entsteht Wertschöpfung durch faszinierende Prozesse und hochentwickelte Organisationsstrukturen. Fabriken schaffen (zumeist gut bezahlte) Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Diese Assoziation ist aber nicht automatisch identisch mit der Wahrnehmung, die auf der anderen Seite des Werkszaunes vorherrscht. Ein Grund dafür liegt in den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Die dominierende Strategie war und ist bis heute die Effizienzstrategie. Sie ist darauf ausgerichtet, die „Dinge weniger schlecht zu machen“.

Emissionen werden reduziert, Lärmquellen etwas leiser gemacht und Verkehrsflüsse gesenkt. Die Effizienzstrategie kommt aber zunehmend an ihre Grenzen und nun muss die Frage eigentlich lauten: Wie kommen wir von einem Weniger-Schlecht zu einem Gut? Wenn man das System urbane Fabrik „gut“ denken will, dann muss man dieses System als Teil eines größeren Umsystems verstehen. Ob etwas gut oder schlecht auf die Umgebung wirkt, kann eine Fabrik oder ein Unternehmen nicht selbst entscheiden – die Antwort ergibt sich vielmehr aus Wechselwirkungen mit dem Umfeld und der Umwelt.

Gibt es nun Lösungen, die nicht nur etwas weniger schlecht, sondern auch gut sind? Können diese Lösungen Treiber für eine nachhaltige Entwicklung sein? Wenn diese Fragen positiv beantwortet werden können, was ist dann überhaupt eine Fabrik? Aus was besteht eine Fabrik? Wie kann man sich Fabrik strukturieren? Gemeinsam und über die Grenzen der Disziplinen hinweg muss daran gearbeitet werden, Stadt und Produktion bzw. Stadt und Fabrik zusammenzubringen und dabei die Austauschbeziehungen zu betrachten.

Ein erster Startpunkt ist, eine gemeinsame Sprache zu finden. Damit kann begonnen werden, gemeinsame Schnittstellenkompetenzen zu erarbeiten. Dies kann ein sehr komplexer und aufwändiger Prozess sein, denn jede Disziplin ist in ihrem Vokabular anders sozialisiert. Dabei kann schnell festgestellt werden, dass die aus der eigenen Sicht als zentral empfundenen Fragestellungen nur einen kleinen Ausschnitt von urbanen Fabriken abdecken und dass es sich um eine interdisziplinäre Aufgabe handelt, der man sich gemeinsam stellen muss.

Aus einer gemeinsamen Betrachtung von „urban“ und „Fabrik“ können konkrete Handlungsfelder abgeleitet werden. Anhand

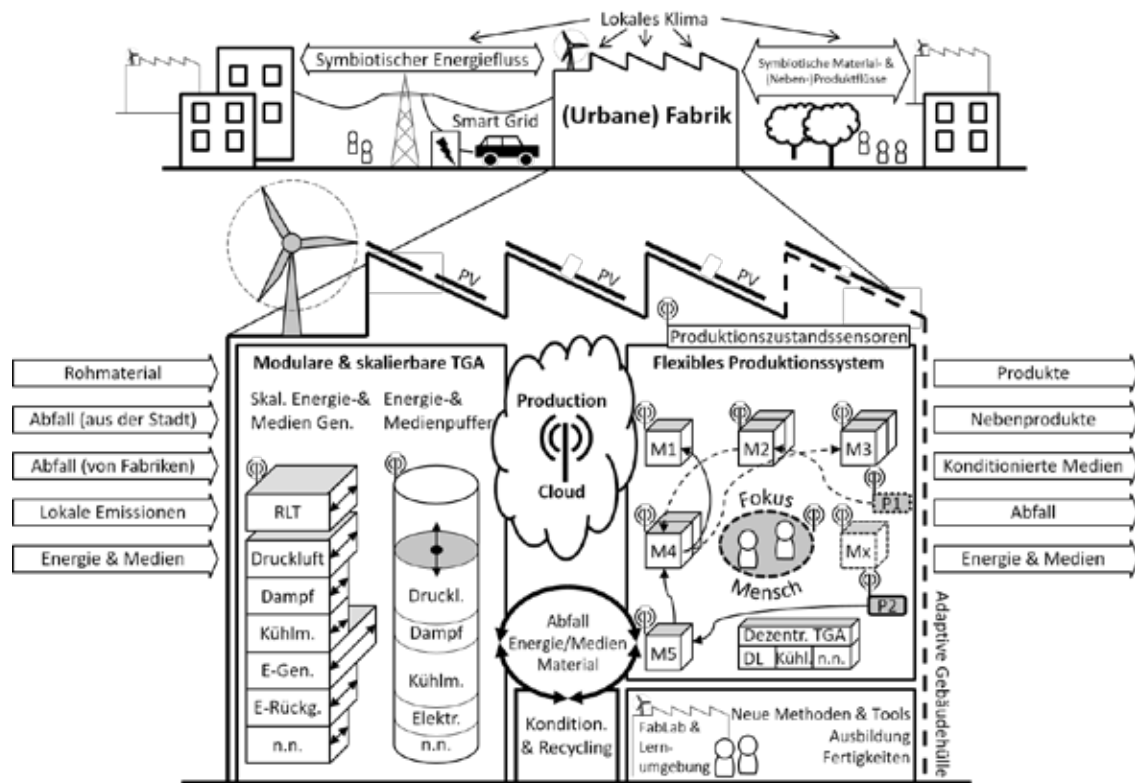


Abb. 1 Die Handlungsfelder der Fabrik der Zukunft (Quelle: Herrmann et al. 2014)

dieser Handlungsfelder stellen sich greifbare Aufgaben für alle betroffenen Disziplinen. Im Einflussbereich der Fabrik von außen nach innen betrachtet ist das erste dieser Handlungsfelder die Gebäudehülle. Deren Gestaltung ist auf der einen Seite mitentscheidend für die Integrationsfähigkeit in die urbane Umgebung. Auf der anderen Seite ist eine Wandlungsfähigkeit notwendig, da sich zum Beispiel das Produktionssystem und die eingesetzten Technologien stetig verändern. Neben der Aufgabe, das Produktionssystem einer Fabrik vor Einflüssen aus der Umgebung abzuschirmen, kann eine Gebäudehülle auch weitere Funktionen übernehmen und zum Beispiel erneuerbare Energien erzeugen. Es existieren bereits Technologien und Lösungsansätze, mit denen ein Bauwerk die Umgebungsluft zu reinigen vermag. Die Fabrik übernimmt damit Funktionen, die über die Herstellung von Produkten hinausgehen. Sie wird sozusagen zum Dienstleister für die Stadt bzw. das Umfeld.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die technische Gebäudeausrüstung für Funktionen wie Heizen oder Kühlen und die Bereitstellung von Medien wie Druckluft. Die technische Gebäudeausrüstung ist häufig überdimensioniert, weil sie separat vom Produktionssystem geplant und mit hohen Sicherheitsaufschlägen versehen wird. Nötig sind flexible und skalierbare Lösungen, die bei Bedarf eine einfache Integration zusätzlicher Module erlauben. Hier kommt für die Zukunft die Frage wieder auf: Is small the new big? Im Handlungsfeld des Produktionssystems steht die stetige und immer schneller voranschreitende Veränderung von Produkten im Fokus. Nicht nur im Zuge der Digitalisierung der Produktion können neuartige Produktionssysteme Vorteile bieten. Dazu zählt auch der Umgang mit Energie- und Stoffströmen. Für das Ziel der Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft können Fabriken

einen wichtigen Beitrag leisten, indem einerseits keine Abfälle im Produktionssystem entstehen und andererseits (zum Beispiel urbane) Abfallaufkommen für die Herstellung neuer Produkte genutzt werden. Zunehmend entwickelt sich eine Fabrik auch zu einem Lernort. Das Konzept der Lernfabriken setzt sich in der Aus- und Weiterbildung immer mehr durch. Ein nächster Schritt kann die Öffnung der Fabrik als Lern- und Produktionsort für die urbane Nachbarschaft sein, zum Beispiel abends oder am Wochenende.

Diese Handlungsfelder können es ermöglichen, eine urbane Fabrik zu gestalten und umzusetzen, die statt Effizienz Öko-Effektivität bietet und die Potenziale einer Stadt erschließen kann, um einen positiven Beitrag zum Umfeld zu leisten, dabei aber auch symbiotisch eingebunden ist in die stofflichen und energetischen Flüsse einer Stadt. Ein Startpunkt für ein gemeinsames Bild für die beteiligten Disziplinen könnte Abbildung 1 sein.

Mit der Identifikation der Handlungsfelder aufseiten der Fabrik stellt sich im nächsten Schritt die Frage: Wie kommen beide Seiten zusammen mit der Stadt an der Schnittstelle? Vonseiten der Produktion wird in der Regel ausgehend vom Produkt geplant. Damit ergibt sich das Produktionssystem, aus dem die Anforderungen an das Gebäude und die technische Gebäudeausrüstung resultieren. Der Standort und seine Eigenschaften werden als Randbedingungen einbezogen. Auf der anderen Seite, aus Sicht der Stadt, ist das Interesse auf der Ebene des Quartiers und wie das Stadtquartier in weitere Gebiete integriert ist. Zu der Fabrik gibt es eine Grenze – physisch der Werkszaun. Die Planungswerkzeuge beider Seiten, aber auch die Denkweisen und räumliche sowie zeitliche Maßstäbe passen zumeist nicht zusammen oder werden nicht zusammen gedacht.

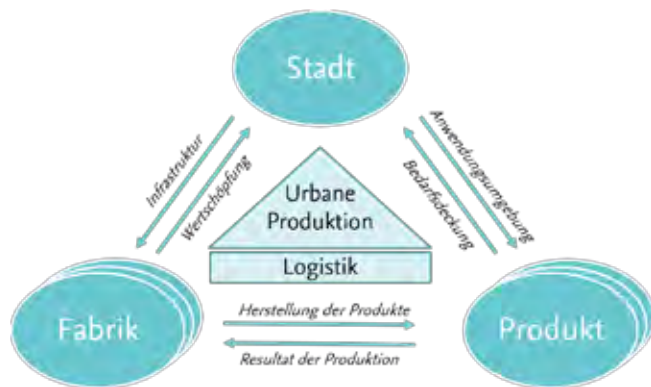


Abb. 2 Der Stadt-Fabrik-Produkt-Nexus (Quelle: Juraschek et al. 2018)

Das führt zu der Frage: Wie kann man diese Herausforderungen bewältigen und wie hängen die Dinge auf beiden Seiten des Werkszauns miteinander zusammen? Eine mögliche Lösung ist die Zusammenführung aller Teilsysteme der urbanen Produktion in ein System aus Systemen und die Betrachtung der Abhängigkeiten im Sinne eines Stadt-Fabrik-Produkt-Nexus, der in Abbildung 2 dargestellt ist. Darin werden die zugrunde liegenden Fragestellungen dargestellt: Was sind die Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Fabrik? Welche Produkte können sinnvoll in einer urbanen Fabrik produziert werden? Haben diese Produkte etwas mit der Stadt zu tun? Für die Beantwortung dieser Fragestellung können die Produkte und die Fabrik in Teilfunktionen zerlegt und diese mit den Anforderungen und den Angeboten aus der Stadt zusammengeführt werden. Nicht jedes Produkt ist für die Stadt geeignet. Es gibt Produkte bzw. Güter, die würden in einer Stadt zum Beispiel aufgrund ihrer Größe kaum produziert werden. Aber es gibt auch sehr viele Produkte, die sich für eine Herstellung im urbanen Raum eignen, etwa weil die Stadtbewölkerung sie konsumiert bzw. benötigt. Das Ziel ist es also, die Produkte zu identifizieren, die einen positiven Beitrag für den urbanen Raum leisten, oder bestehende Produkte entsprechend zu verändern. Damit untrennbar verbunden ist die Gestaltung der Fabrik.

Ökosysteme als Analogie für urbane Produktion

Fabriken und Städte sind bereits isoliert betrachtet sehr komplexe Systeme, die schwer zu erfassen oder gezielt zu beeinflussen sind. Aus diesem Grund bietet es sich an, in Analogien zu

denken, auch um den eigenen Betrachtungswinkel zu erweitern. Eine mögliche Analogie kann von natürlichen Ökosystemen abgeleitet werden. Ökosysteme in der Natur sind stabil und es gibt wenig Veränderungen, und wenn, dann kommen die Veränderungen von innen. Demgegenüber stehen die sogenannten Ökotonen als Grenzbereiche zwischen den Ökosystemen. In diesen Grenzbereichen stehen die benachbarten Ökosysteme miteinander in einem Austausch. Dabei sind die biologische Produktivität und die genetische Vielfalt erhöht.

Wenn diese Analogie auf die Systeme Fabrik und Stadt übertragen wird, bedeutet dies, dass die Schnittstelle zwischen Stadt und Fabrik maßgeblich für die gegenseitigen positiven und negativen Wirkungen ist. In der Vergangenheit wurden Fabriken insbesondere in Städten von der Umgebung isoliert. Das wahrscheinlich offensichtlichste Symbol hierfür ist der hohe, undurchdringliche Werkszaun. Dadurch werden Veränderungen von außen weitestgehend verhindert – nur die unvermeidbaren, zumeist negativen Einflüsse wie zum Beispiel Lärmemissionen passieren diese Schnittstelle. Eine radikal andere Herangehensweise ist die aktive Öffnung und Gestaltung der Stadt-Fabrik-Schnittstelle. Damit ist es möglich, die Interaktion zwischen beiden Systemen gezielt zu steigern, und analog zu den interagierenden Ökosystemen lassen sich so positive Effekte erzielen. Mit einer passierbaren, offenen Schnittstelle können durch eine Fabrik auch Funktionen für das sie umgebende Stadtquartier erfüllt und für das Unternehmen neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Beispiele hierfür sind Angebote von Kursen, Dienstleistungen oder Veranstaltungen, die auch einen Beitrag zur Identität des Quartiers leisten.

Der Austausch zwischen diesen zwei Welten ist letztendlich das, was interessant sein kann, um Produktion und Stadt neu zu denken. Beispielhaft ist eine Auswahl häufig vorkommender Erscheinungsformen von Ökotonen zusammen mit möglichen Potenzialen und Herausforderungen aus der Interaktion von Stadt und Fabrik in Abbildung 3 dargestellt.

Wie gestalten wir die Transformation? Es existieren viele spannende Potenziale und viele gute Gründe, Fabriken wieder in die Stadt zurückzubringen und zu integrieren – für die Produkte, Produktionssysteme und Stadtquartiere, für die es sinnvoll ist.



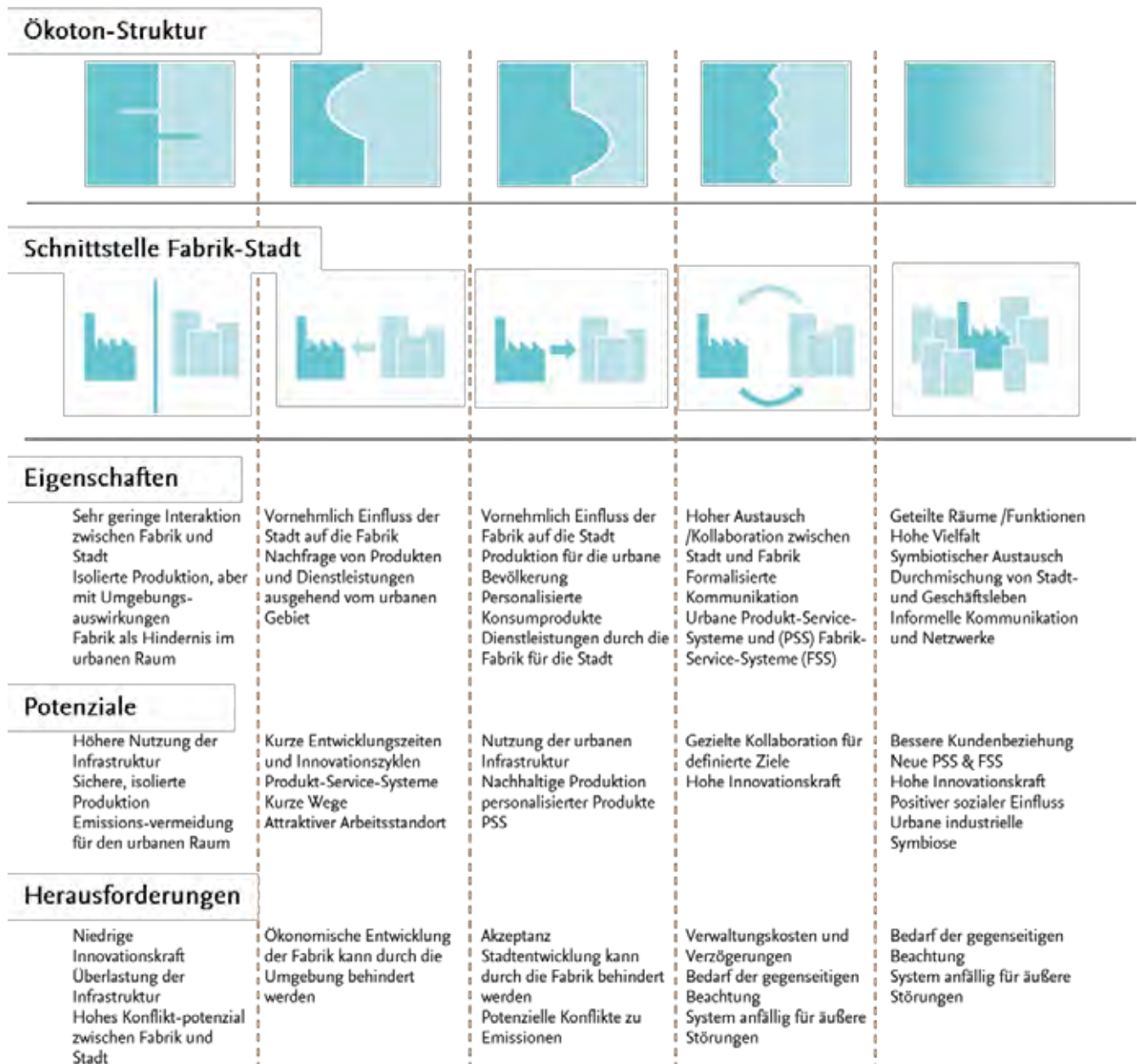


Abb. 3 Die Schnittstelle Stadt-Fabrik aus der Analogie zu Ökosystemen (Quelle: Juraschek et al. 2018)

Diese Integration kann nur gelingen, wenn auf beiden Seiten gemeinsam gedacht wird. Wir glauben, dass dies nur funktionieren kann, wenn wir die Grenzen der eigenen Disziplinen überwinden, Schnittstellenkompetenzen aufbauen und gemeinsam an solche Lösungen denken. Die urbane Fabrik der Zukunft sieht im Ergebnis vielleicht anders aus, als wir sie uns heute vorstellen. So könnten zum Beispiel die Funktionen räumlich aufgelöst sein, die in einer Fabrik enthalten sind. Dabei ist die räumliche Schlüsselebene für urbane Produktion das Stadtquartier.

Genauso wie es uns als jetzige Generation nicht zusteht zu entscheiden, ob wir gerade eine industrielle Revolution erleben oder nicht, können wir aktuell noch nicht absehen, in welchem Maße und in welcher Geschwindigkeit urbane Produktion an Bedeutung gewinnen wird. Aber wir möchten jeden einladen und sagen: Wenn es uns gelingt, Produkte so herzustellen, dass sie und ihre zugehörigen Produktionssysteme einen positiven Beitrag für die Stadt der Zukunft leisten, ist dies eine lohnenswerte gemeinsame Vision.

Literatur

- Juraschek, Max; Vossen, Benjamin; Hoffschröder, Holger; Reicher, Christa; Herrmann, Christoph, 2018: Urbane Produktion: Ökotope als Analogie für eine nachhaltige Wertschöpfung in Städten. In: Redlich, Tobias; Moritz, Manuel; Wulfsberg, Jens P. (Hrsg.): Interdisziplinäre Perspektiven zur Zukunft der Wertschöpfung. Wiesbaden, S. 195–207. Zugriff: https://doi.org/10.1007/978-3-658-20265-1_15 [abgerufen am 15.7.2018].
- Juraschek, Max; Bucherer, Michael; Schnabel, Fabian; Hoffschröder, Holger; Vossen, Benjamin; Kreuz, Felix; Thiede, Sebastian; Herrmann, Christoph, 2018: Urban Factories and Their Potential Contribution to the Sustainable Development of Cities. In: Procedia CIRP, 69. Jg.(May), S. 72–77. Zugriff: <https://doi.org/10.1016/j.procir.2017.11.067> [abgerufen am 15.7.2018].
- Herrmann, Christoph; Juraschek, Max, 2017: Making Change: The Positive Impact Factory. In: ENVISION, Singapore's National Environment Agency, 2017, Ausgabe 13, S. 40–51.
- Juraschek, Max; Becht, Eva Johanna; Büth, Lennart; Thiede, Sebastian; Kara, Sami; Herrmann, Christoph, 2018: Life Cycle Oriented Industrial Value Creation in Cities. In: Procedia CIRP, 69. Jg.(May), S. 94–99. Zugriff: <https://doi.org/10.1016/j.procir.2017.11.069> [abgerufen am 15.7.2018].
- Herrmann, Christoph; Schmidt, Christopher; Kurl, Denis; Blume, Stefan; Thiede, Sebastian, 2014: Sustainability in manufacturing and factories of the future. In: International Journal of Precision Engineering and Manufacturing-Green Technology, 1. Jg.(4), S. 283–292. Zugriff: <https://doi.org/10.1007/s40684-014-0034-z> [abgerufen am 15.7.2018].

Arbeitswelten der Zukunft in Zeiten des Umbruchs – ein Ausblick

Klaus Burmeister,
foresightlab

Es wird immer deutlicher, dass wir uns in Zeiten eines tiefgreifenden Umbruchs befinden. Der Umbruch wird vielfach mit dem Begriff der Digitalisierung gleichgesetzt. Aber es geht nicht nur um eine bessere Versorgung auch ländlicher Räume mit Breitbandanschlüssen, sondern um die Neuerfindung unseres Wohlstandsmodells. Es geht um eine große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Den Städten und Kommunen kommt hierbei eine zentrale Rolle zu.

Wir erleben im Zuge der Digitalisierung eine radikale Veränderung von Produktion, Distribution und Konsumption. Wir erleben, wie sich im laufenden Betrieb das gesellschaftliche Betriebssystem ändert. In dessen Mittelpunkt steht immer noch die Arbeit. Und diese unterliegt selbst einem grundlegenden Wandel, der nicht nur von Digitalisierung und Auto-

matisierung, sondern auch von Flexibilisierung und Dezentralisierung, von der Entwicklung völlig neuer Geschäftsmodelle, Branchen und Berufe und letzten Endes von einer Neuordnung der gesamten Organisation von Arbeit und Dienstleistung gekennzeichnet sein dürfte.

Im Fokus dieses Beitrags werden darum die bereits stattfindenden und für die nächsten Jahre und Jahrzehnte absehbaren Veränderungen und Umbrüche insbesondere in der Arbeitswelt stehen. Um welche Veränderungen es sich aber tatsächlich handelt, deren Relevanz erkannt und richtig bewertet werden sollte, soll zunächst in einem einleitenden Teil kurz dargelegt werden. Nach einer ausführlicheren Betrachtung der absehbaren und auch der unabsehbaren Umbrüche in der Arbeitswelt auf der Basis der wichtigsten wissenschaftlichen Studien zu dieser Thematik folgen dann abschließend übergreifende Thesen, die die Bedeutung von Städten und Regionen für eine gestaltende Politik des Wandels unterstreichen. Sie sind die Grundlage eines antizipativ verstandenen Ansatzes, der in Zeiten des Umbruchs Städte und Regionen zur aktiven Gestaltung des Wandels befähigt.

Zeiten des Umbruchs

Worum geht es? Was verändert sich? Der Prozess, den wir Digitalisierung oder digitale Transformation nennen, hat zunächst den Handel, dann aber auch den Dienstleistungsbereich und die Industrie erfasst und verändert dadurch die gesamte Wirtschaft und unsere Arbeitsgesellschaft. Ein internetbasiertes Geschäftsmodell hat sich herausgebildet, das als Plattform-Ökonomie bezeichnet wird. Hierfür stehen Unternehmen wie Google, Facebook, Amazon oder Alibaba aus China und auch Uber oder Airbnb. Sie nutzen Netzwerkeffekte für neue Transaktionsbeziehungen und schieben sich zwischen Hersteller und Kunden. Mobilität etwa, ein für urbane Räume hochrelevantes Thema, könnte zukünftig über solche Plattformen organisiert werden. Sie schufen dann den Zugang zu den unterschiedlichen Mobilitätsangeboten. Nicht die Produktion von Fahrzeugen, sondern das intelligente Management letztlich autonomer Verkehre wäre dann das Geschäftsmodell der Zukunft.



Aber es sind nicht nur die Plattformunternehmen, die den digitalen Wandel kennzeichnen. Es sind auch die mit der Digitalisierung einhergehenden Automatisierungsprozesse, die im Rahmen von Industrie 4.0 die vernetzte und möglichst dezentrale, kleinteilige, kundenorientierte Produktion steuern sollen. Es ist die Automatisierung nicht nur von Produktion, sondern auch von Wissensarbeit, die durch Technologien der künstlichen Intelligenz erstmals in Reichweite kommt und eine dritte Phase der Automatisierung von Arbeit in der Geschichte der industrialisierten Gesellschaft einläutet. Durch das Ineinandergreifen all dieser unterschiedlichen Prozesse entsteht ein grundsätzlicher Strukturwandel, der vielerorts die Arbeit und die arbeitenden Menschen aus ihren bisherigen Bindungen herauslösen wird: Die Arbeit von ihrem angestammten Arbeitsort, die Menschen aus den verlässlichen Bindungen des Normalarbeitsverhältnisses und die Unternehmen aus den festen Hierarchien und weitgehend geschlossenen Organisationsformen, die sie bis jetzt prägen. Dieser Wandel wird überall seine Spuren hinterlassen, und darum ist es wichtig, ihn möglichst umfassend zu verstehen, wenn aus den durch Technik angestoßenen Veränderungen auch Gestaltungschancen erwachsen sollen.

Von den Zukünften der Arbeit

Wie also steht es um die Zukunft der Arbeit im Zeichen von Digitalisierung und Automatisierung? In den vergangenen Jahren wurde leider meist stereotyp über die Zukunft der Arbeit diskutiert. Während die einen den Robotereinsatz als Jobkiller sehen, erwarten die anderen die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und die Diskussionen darüber finden nach wie vor meist im Kontext von Industrie 4.0 und der Hightech-Strategie der Bundesregierung statt. Sie verbleiben, so der Eindruck, eher an der Oberfläche und erreichen nicht die Tiefe, um den von Hartmut Hirsch-Kreinsen geforderten ganzheitlichen Gestaltungsansatz (Hirsch-Kreinsen 2014) einzulösen. Zwar sieht der Wirtschafts- und Industriosozologe im Industrie-4.0-Ansatz ein überaus attraktives Versprechen zukünftiger technologischer, aber auch damit verknüpfter gesellschaftlicher Entwicklungsperspektiven. Er betont aber den ambivalenten Charakter dieses Versprechens: „Wie jedoch die Ambivalenz des Technologieversprechens zeigt, ist es fraglich, ob die Vorteile, positiven Entwicklungsperspektiven und vor allem die breite Implementation des Konzeptes absehbar Realität werden.“ (Hirsch-Kreinsen 2016) Die umfassende Vision eines humanzentrierten Szenarios zukünftiger Arbeitsgestaltung dagegen wird kaum erörtert. In einer ohnehin schon unübersichtlichen Debatte, die spätestens seit 2015 überlagert wird durch die anschwellende Diskussion über künstliche Intelligenz, ist es selbst für den gewillten Beobachter kaum noch möglich, die verschiedenen Stränge des Automatisierungsdiskurses gleichermaßen zu erfassen, einzuordnen und zu bewerten. Dabei drängt sich die Notwendigkeit einer systemischen Gesamtbetrachtung der Zukunft der Arbeitsgesellschaft, einer der zentralen Zukunftsfragen schlechthin, die eine kontinuierliche wissenschaftliche Betrachtung und breite gesellschaftliche Diskussion benötigt, geradezu auf. Der Textbeitrag bemüht sich um eine möglichst

breite und gleichzeitig substanzielle Perspektive auf die Thematik, bei aller gebotenen Kürze. Die Grundlage bilden soll dafür eine kompakte Darstellung zentraler Studien mit Schwerpunkt auf Deutschland zu den Folgen der Digitalisierung für die Arbeit ab 2015. Da alle Studien sich in der Regel auf die Arbeit von Frey und Osborne „The Future of Employment“ von 2013 beziehen, wird diese auch hier berücksichtigt.

Automatisierung von Wissensarbeit

Die kontrovers diskutierte Analyse der beiden Oxforder Wirtschaftswissenschaftler Benedikt Frey und Michael Osborne kam zur richtigen Zeit und hat vorhandenen Befürchtungen und Einschätzungen eine Stimme gegeben. Zur richtigen Zeit, weil sie im Kern die dritte Stufe der Automatisierung thematisiert. Nach der Automatisierung von Produktion (von den Chicagoer Schlachthöfen bis zum Ford T-Modell) und Dienstleistung (von den Großraumbüros der Zwanzigerjahre bis hin zu Großrechnern und Bankomat) kennzeichnet die dritte Phase die Automatisierung von Wissen. Die Analysen von Frey und Osborne beschreiben am Beispiel von Berufen einerseits den Aufstieg der Knowledge Worker (Wissensarbeiter), während jedoch gleichzeitig nicht nur manuelle, sondern gerade auch kognitive Routinetätigkeiten an Bedeutung verlieren. Diese zunehmende Relevanz von routinearmer Wissensarbeit einerseits und der gleichzeitige Bedeutungsverlust von Routinetätigkeiten in Verwaltung und Sachbearbeitung andererseits wirft neue Fragen auf. Vor diesem Hintergrund erweist sich die bisherige Fokussierung auf Industrie 4.0 als zu eng.

Weiterhin haben Frey und Osborne mit ihrem klaren Schwerpunkt auf neue, letztlich für das bestehende Arbeits- und Industriegefüge radikale Technologien einen offensichtlichen Nerv getroffen. Denn sie haben mit ihrer Analyse bereits bestehende Zweifel an der Robustheit der Arbeitsgesellschaft nachhaltig genährt. Wobei ihre Arbeit oft auf nur eine Kernaussage reduziert wird, der zufolge 47% der bestehenden Berufe in den USA in den nächsten zwei Jahrzehnten automatisiert würden. Was aber steht dahinter? Frey und Osborne gehen von zwei Automatisierungswellen aus. In der ersten werden zunächst Berufe mit einer hohen Automatisierungswahrscheinlichkeit nach und nach automatisierbar. Dies betrifft 47% der Beschäftigten in den USA bezogen auf einen Zeitraum der nächsten 10 bis 20 Jahre. In einer zweiten, nach ihrer Einschätzung deutlich langsameren Welle der Automatisierung, da zuerst technologische Engpässe überwunden werden müssen, könnten dann auch Berufe mit mittlerem Risiko wie Lehrer, Wissenschaftlerin oder Manager betroffen sein. Diese Welle würde dann 33% der Beschäftigten betreffen. Bemerkenswert ist an den Aussagen von Frey und Osborne, dass schon in der ersten Welle offenbar nicht nur einfache manuelle Tätigkeiten wie etwa im Bereich Logistik oder Jobs als Kassiererin und Verkäufer automatisiert werden dürften, sondern auch vergleichsweise anspruchsvolle Bürotätigkeiten. Damit wäre eine Berufsgruppe massiv von Automatisierung betroffen, die bisher nicht damit rechnen musste, dass ihre Aufgaben von Maschinen übernommen werden könnten.

Der Teufel steckt im Detail

Aber wie verlässlich und aussagekräftig sind diese Prognosen tatsächlich? Im Auftrag des Arbeitsministeriums hat 2015 eine Forschergruppe am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim die Studie von Frey/Osborne in einer Kurzexpertise auf Deutschland übertragen. Sie gelangt zu deutlich moderateren Einschätzungen. Berücksichtige man nämlich, so die Autoren der Studie, dass Berufe meist nicht vollständig automatisierbar sind, einzelne Tätigkeiten dagegen schon, hieße das für Deutschland, dass nur 12 % der Beschäftigten durch Automatisierung betroffen sind. In absoluten Zahlen unterliegen demnach nicht 18 Mio., sondern nur 5 Mio. Jobs einem umfassenden Automatisierungsrisiko. Und vorwiegend, das zeigen die Analysen, sind geringqualifizierte und geringverdienende Beschäftigte stärker durch die Automatisierung gefährdet.

Ausführlicher und in einer szenariobasierten Analyse widmet sich das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, dem Thema. 2016 veröffentlichte das IAB seinen Forschungsbericht „Wirtschaft 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Ökonomie“. Im Mittelpunkt steht ein Szenario, das die Digitalisierung aller Dienstleistungsbranchen im Sinne einer Wirtschaft 4.0 beinhaltet. Beim Vergleich der 2025 vollständig digitalisierten Wirtschaft 4.0 mit dem Basisszenario erscheint ein moderates Minus von 30.000 Arbeitsplätzen, bezogen auf das Gesamtniveau der Arbeitsnachfrage. Dagegen zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Branchen-, Berufs- und Anforderungsstruktur sowie in einer Beschleunigung des Strukturwandels. In der digitalisierten Welt wird es im Jahr 2025 einerseits 1,5 Mio. Arbeitsplätze nicht mehr geben. Andererseits werden zusätzlich 1,5 Mio. Arbeitsplätze entstanden sein. Das klingt auf den ersten Blick nach Entwarnung. Allein, wenn diese Analyse zuträfe, stellen sich wichtige Fragen: Was passiert mit den 1,5 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die bis 2025 ihren Job verlören? Nicht weniger relevant ist die Frage, welche Qualifikation in den 1,5 Mio. neuen Stellen benötigt würde, und natürlich die Frage, wer die Beschäftigten auf Basis welcher Curricula ausbilden sollte? Es kämen also massive Herausforderungen auf Deutschland zu.

Eine weitere Studie des ZEW „Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit“ vom April 2018 bestätigt im Kern die Ergebnisse des IAB, kommt aber zu noch klareren und umfassenderen Aussagen. „Unsere Ergebnisse stehen in klarem Gegensatz zu den in der öffentlichen Debatte zuletzt immer wieder auftauchenden Befürchtungen, dass Digitalisierung und Industrie 4.0 massive Jobverluste bedeuten könnten.“ (Arntz/Gregory/Zierahn 2018: 113) Weiter heißt es: „Insgesamt zeigen unsere Ergebnisse, dass Industrie 4.0 vor allem die Struktur der Beschäftigung betrifft und sich nur schwach positiv auf die Gesamtbeschäftigung auswirkt.“ Hinter dem harmlos klingenden Wandel in der Struktur der Beschäftigung könnten allerdings ganz handfeste Jobverluste oder jedenfalls enorme Umschulungsbedarfe stehen. Denn aus der

Studie geht auch hervor, dass die Nachfrage nach von Menschen ausgeübten Routinetätigkeiten sowohl im manuellen als auch im kognitiven Bereich (Stichwort Wissensarbeit) spürbar zurückgehen dürfte. So hinterlässt auch die aktuelle Studie des ZEW einen ambivalenten Eindruck: Einerseits scheint mit hohen Arbeitsplatzverlusten durch Digitalisierung bis 2025 nicht zu rechnen zu sein. Andererseits aber kommen gleichwohl erhebliche Umbrüche auf uns zu: Den im Saldo „schwach positiven Gesamtbeschäftigungseffekten“ stünde ein gewaltiger Umbau auf dem Arbeitsmarkt gegenüber.

Zwischenfazit:

Kein Grund zur Panik, sondern zum Umdenken

Im Licht der wichtigsten bisher zum Thema erschienenen Studien stellen sich einige Diskussionen etwas anders, komplexer dar: Ein tiefgreifender Strukturwandel, den wir heute bereits in den Anfängen erleben, kündigt sich an, er wird aber kaum rezipiert. Wie wird er sich auswirken?

Langfristig, über 2025 hinaus, können selbst massive Arbeitsplatzverluste nicht ausgeschlossen werden. Kurz- und mittelfristig sind sie dagegen nicht zu erwarten. Somit bleibt gut ein Jahrzehnt Zeit, sich einerseits sofort auf die unvermeidlichen Wirkungen des digitalen Strukturwandels einzustellen, andererseits sich auch vorausschauend auf diejenigen Gestaltungsaufgaben vorzubereiten, die erwartbar sind. Selbstredend sind kontinuierlich weitere Analysen der De-facto-Entwicklung zwingend geboten. Und schließlich wird man dem Wandel nur gerecht werden können, wenn zentral auch die Automatisierung von Wissensarbeit, also auch von Sachbearbeitung und Verwaltungsarbeit, mit in den Fokus genommen wird.

Städte als Agenten des Wandels:

Fünf Thesen für eine transformative Politik

Welche Schlüsse lassen sich aus den dargestellten Umbrüchen ziehen, für Menschen, die Städte planen, gestalten und dort leben und arbeiten? Darauf gibt es selbstverständlich keine einfache Antwort und erst recht keinen Masterplan. Auf die sich verändernden Arbeitswelten werden Städte und Regionen nicht unmittelbar antworten können. Sie müssen sie aber zur Kenntnis nehmen und ihr Handeln darauf beziehen. Es gibt einige offenkundige Chancen des Wandels, an die insbesondere kommunale Akteurinnen und Akteure anknüpfen können. In einem Umbruch, der die Bedeutung kleinteiliger Lösungen und dezentraler Akteure stärkt, kommt den Städten eine neue Rolle als Agentinnen des Wandels, ein transformatives Potenzial zu (Burmeister/Rodenhäuser 2018). Sie könnten die Orte sein, an denen neue Formen des Lebens und Arbeitens, der dezentralen Produktion und flexiblen Mobilität erprobt und in Reallaboren und konkreten Umsetzungsprojekten vor Ort weiterentwickelt werden. In fünf übergreifenden Thesen werden die Chancen einer innovationsorientierten Stadt- und Raumpolitik schlaglichtartig beleuchtet. Sie rückt die Städte und die Stadtgesellschaft als Akteurinnen und Agentinnen des Wandels in den Fokus.

These 1: Städte müssen sich als Mitgestalterinnen positionieren. Städte und Behörden haben die Aufgabe und die Chance, im Wandel ihre Rolle neu zu definieren. Vor allem durch die Digitalisierung getrieben ergeben sich neuartige Innovationspotenziale, wie sie in Konzepten von „Smart Cities“ diskutiert werden. Hier ist allerdings eine lernfähige Verwaltung erforderlich, die, nicht nur technikinduziert, vorhandene Handlungsoptionen (wie Open Data) ausschöpft und sie auch im Sinne einer offenen Beteiligungskultur nutzt. Natürlich darf man nicht blauäugig sein, aber ein erweiterter Blick ist notwendig, um Städte auf Augenhöhe zur anerkannten und gemeinwohlorientierten Akteurin zu machen. Die Rolle der Genehmigerin reicht nicht mehr, Stadtverwaltungen müssen sich schrittweise zum Ermöglicher, Mitgestalter und „Mitspieler“ weiterentwickeln.

These 2: Eine ressortübergreifende und vorausschauende Stadtentwicklungspolitik auf der Ebene der Länder, des Bundes und der EU ist notwendig. Eine integrierte Stadtentwicklungsplanung und vor allem eine systemische Innovationssicht auf Stadt und Region, wie sie konzeptionell beispielhaft im Konzept der „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF 2015) vorlegt wurde, ist unverzichtbar, gerade auch vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Umbruchsituation. Erst ausgestattet mit einer solch übergreifenden Handlungsperspektive können die positiven Zukunftspotenziale der Städte ausgeschöpft werden. Beispielhaft könnten gezielt Wettbewerbe um gute Lösungen, angefangen von lokalen Energiegenossenschaften über die Revitalisierung der Innenstädte bis hin zu Wissenschaftsläden, Fablabs und Startup Hubs mit Coworking Offices, vor Ort helfen, eine breite Innovationskultur zu fördern. Denkbar wäre eine Art Städteolympiade als publikumswirksame Innovationsplattform und -wettbewerb, der die Idee des 1965 gestarteten Spiels ohne Grenzen aufgreift und ins Heute transformiert.

These 3: Städte können als Reallabore und Katalysatoren für angepasste Lösungen in Kommune und Region fungieren. Bereits heute existieren mannigfaltige Ansätze guter Gestaltungspraxis vor Ort, nicht zuletzt zeigt dies das Forschungsfeld Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) und dort das gerade beendete Projekt „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“. Im Sinne einer kooperativen Kleinstadtentwicklung wurden in den acht ausgewählten Modellstädten in Szenarioprozessen mit städtischen Akteurinnen und Akteuren entlang von Handlungsfeldern wie Mobilität, Energie, Arbeiten, Wohnen oder Einkaufen Perspektiven einer zukunftsfähigen Entwicklung erarbeitet, die jetzt weiter verfolgt werden.

These 4: Städte brauchen Kooperation zum Erfolg. Wie aus den bisherigen Thesen hervorgeht, wird Kooperation mit den vielgestaltigen Trägerinnen und Trägern von Innovation und Entwicklung in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, einerseits mit der Stadtgesellschaft, wie ansässigen Unternehmen oder Bildungseinrichtungen, und andererseits mit benachbarten oder entfernten Kommunen oder Regionen. Vor diesem Hintergrund muss auch die bisherige

standortzentrierte Wirtschaftsförderung und die in die Jahre gekommene Clusterpolitik der Innovationsförderung überdacht werden. Das Konzept der „Open Region“ des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner steht hier für einen vielversprechenden Ansatz, der Innovationen endlich multilokal versteht, sich von dem Ortsbezug befreit und diese Innovationen in globalen Wissenscommunities und offenen Organisationsformen verortet.

These 5: Städte als Lernorte und Erprobungsräume in Zeiten des Umbruchs. In Städten stellen sich Probleme unvermeidlich auf einer systemischen Ebene, weil die Interdependenz unterschiedlicher Themen- und Politikbereiche sichtbarer und häufig unübersehbar ist. Das sind gute Voraussetzungen, um vor dem Hintergrund einer kollaborativ erarbeiteten Gesamtperspektive Neues gemeinsam zu erproben und dabei auch innovative und angepasste Beteiligungsverfahren und -prozesse einzuüben und zu vertiefen. Städte sind unverzichtbare Arenen lokaler Demokratie, nicht nur in Zeiten des Umbruchs.

Man kann sich durch die Situation eines radikalen Umbruchs von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft ohne Frage verunsichern und lähmen lassen. Das führt dann in die Haltung einer Verteidigung des Status quo, den aufrechtzuerhalten mit fortschreitender Zeit immer schwieriger werden wird. Oder man kann sich bewusst machen, wie manifest Probehandeln in den Städten und Gemeinden noch ungenutzte Potenziale einer zukunftsrobusten Stadtentwicklung freisetzen kann.

Literatur

Arntz, Melanie; Gregory, Terry; Zierahn, Ulrich, 2018: Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Makroökonomische Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne von morgen. ZEW Mannheim. Zugriff: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/DigitalisierungundZukunftderArbeit2018.pdf>.

Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2015: Zukunftsstadt. Strategische Forschungs- und Innovationsagenda. Berlin. Zugriff: <https://www.bmbf.de/pub/Zukunftsstadt.pdf>

Burmeister, Klaus; Rodenhäuser, Ben, 2018 (i. A. BBSR): Urbane Kleinstädte. Bonn. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2018/urbane-kleinstaedte.html?nn=424178>

Burmeister, Klaus; Rodenhäuser, Ben, 2016: Stadt als System – Trends und Herausforderungen für die Zukunft urbaner Räume. München.

Bonin, Holger et al., 2015: Endbericht Kurzexpertise Nr. 57. Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland. ZEW Mannheim. Zugriff: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Kurzexpertise_BMAS_ZEW2015.pdf

Dehne, Peter, 2018 (i. A. BBSR): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. In: ExWoSt-Informationen 50/3. Bonn. Zugriff: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ExWoSt/50/exwost-50-3.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Druyen, Thomas (Hrsg.), 2018: Die ultimative Herausforderung – über die Veränderungsfähigkeit der Deutschen. Wiesbaden.

Frey, Carl Benedikt; Osborne, Michael A., 2013: The Future of Employment: How susceptible are Jobs to Computerisation? Oxford. Zugriff: https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf

Hirsch-Kreinsen, Hartmut, 2014: Wandel von Industriearbeit – Industrie 4.0. Dortmund. Zugriff: http://www.zukunft-der-industriearbeit.de/fileadmin/user_upload/acatech_industrie/materialien/02_2014-12-12Hirsch-Kreinsen_Praesentation_Dez2014_2.pdf

Hirsch-Kreinsen, Hartmut, 2016: Industrie 4.0 als Technologieversprechen. Soziologisches Arbeitspapier, Nr. 46, TU Dortmund.

IAB, 2016: Wirtschaft 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Ökonomie. IAB-Forschungsbericht 13/2016. Zugriff: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb1316.pdf>

Forum A: Gemischte, innerstädtische Quartiere

Gastgeber/ Autoren

Lena Flamm,
BTU Cottbus-Senftenberg

Carola Scholz,
Stadtsoziologin, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL)

Astrid Messer,
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG NRW)

Gäste

Robert Ambrée,
Montag Stiftung Urbane Räume

Anne-Caroline Erbstößer,
Technologiestiftung Berlin

Dr. Stefan Gärtner,
Institut für Arbeit und Technik

Holger Hoffschröder,
TU Dortmund

Prof. Jan Schaaf,
Hochschule Mittweida

Der Flächendruck für Wohnen in innerstädtischen Quartieren nimmt weiter zu. Kleinteilige Mischung, Nutzungsvielfalt, Dichte und Face-to-Face-Kommunikation machen aber die Qualität von urbanen Quartieren aus. Wie kann bei dem Leitbild der Innenverdichtung und der Stadt der kurzen Wege also gleichzeitig eine Stärkung innerstädtischer Quartiere als Arbeits- und Produktionsort erreicht werden?

Angesichts dieser Frage thematisierte das Forum zukunftsweisende Konzepte kleinteiliger Produktion auf Quartiersebene und ihre Bedeutung für gemischte innerstädtische Quartiere. Mit den Referentinnen und Referenten sowie den Forenteilnehmerinnen und -teilnehmern wurde diskutiert, unter welchen Bedingungen kleinteiliges Gewerbe und gemeinwohlorientierte, produktive Raumpraktiken entstehen können und welche sozio-ökonomischen Perspektiven sich dadurch für Quartiere eröffnen. Erörtert wurden Fragen der Verträglichkeit der Funktionsmischung sowie politische Strategien und rechtliche Planungsinstrumente zur Flächensicherung für Produktion und Gewerbe.

Produktion zurück in die Stadt?

Zumeist sind innerstädtische Quartiere heute Standorte für Wohnen, Einzelhandel, Dienstleistung, Gastronomie und Sozialeinrichtungen – immer seltener jedoch für kleinteiliges Gewerbe, Handwerk oder gar Produktion. Diese Entwicklung hat viele Ursachen, u. a. die Bodenpreisentwicklung und die zunehmend rigidiere Nutzungstrennung in Bauleit-

planungen. Auch die Stadterneuerung hat über viele Jahre die Verdrängung von Kleingewerbe durch die Sanierung und Entkernung von Hinterhöfen mit verursacht. Gegenwärtig ist zudem eine neue Verdrängungswelle zugunsten des verdichteten Wohnens mit Bodenpreisen, die sich Kleinbetriebe zumeist nicht leisten können, zu beobachten – während die Produktion zunehmend isoliert an infrastrukturellen Knotenpunkten geplant und gefördert wird.

Was ist Urbane Produktion?

Was ist eine Produktive Stadt in einer sich wandelnden Arbeitswelt?

Urbane Produktion wurde durch die Referierenden als heterogene Produktionstypologie mit feinkörnigem Durchmischungsgrad definiert. Sie umfasst Manufakturen, Kleingewerbe, Handwerke, Kreativwirtschaft und neue Produktionscluster unter Einsatz digitaler Produktionstechnologien. Während Dr. Stefan Gärtner eine Definition der Urbanen Produktion vorlegte, welche explizit die Herstellung und Bearbeitung von materiellen Gütern („Materialität und Eigenwirtschaftlichkeit“) in dicht besiedelten Gebieten adressierte und die starke Fokussierung auf wissensbasierte Ökonomien im Hinblick auf die ökonomische Teilhabe aller kritisierte, ging es im Gespräch mit Robert Ambrée grundsätzlich um die Frage, wie Urbane Produktivität aktuell und zukünftig auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu definieren sei. Die bisher gesellschaftlich einseitige Fokussierung auf Lohnarbeit und einen

FORUM 1: GEMISCHTE, INNERSTÄDTISCHE QUARTIERE

Gastgeberinnen

Lena Flamm | BTU Cottbus-Senftenberg

Carola Scholz | Stadtsoziologin – SRL

Astrid Messer | MHKBG NRW



kapitalistischen Produktivitätsbegriff wurde als möglicherweise nicht zukunftsfähig zur Diskussion gestellt. Der Ansatz der Produktiven Stadt sollte sich kontextuell an der Zukunft der Arbeit orientieren – zur Produktivität könnten in einer Gesellschaft mit weniger Lohnarbeit und weniger Einfacharbeitsplätzen gemeinwohlorientierte, soziale und reproduktive Tätigkeiten und Orte gehören.

Wie kann Urbane Produktion lokal und sozial integrativ gestaltet werden?

Am Beispiel der Samtweberei in Krefeld zeigte Robert Ambrée, wie durch alternative Ansätze der Immobilienentwicklung eine synergetische Verknüpfung von Quartiersentwicklung und der Schaffung von Arbeitsorten gelingen kann. In dem Gebäude einer ehemaligen Samtweberei mit ca. 4.500 m² Nutzfläche realisierte die Montag Stiftung eine Mischnutzung aus Gewerbe, Produktion, Wohnen und Gemeinbedarf. Teil des Konzeptes war es, nur Bewohnerinnen und Bewohner auszuwählen, die sich auf ein Engagement für das Quartier einlassen. Die gewerblichen Mieterinnen und Mieter wurden in ihrem Mietvertrag dazu verpflichtet, im Gegenzug für ihre günstige Miete Kompetenz und Anteile ihrer Arbeitszeit für das Quartier zur Verfügung zu stellen.

Wie lassen sich Nutzungskonflikte vermeiden?

Um Nutzungskonflikten vorzubeugen, die bspw. durch Immissionen oder Lieferverkehre entstehen, wurde die Notwendigkeit einer frühzeitigen Einbindung der Bewohnerschaft in Planungsprozesse sowie die Öffnung der Unternehmen zum Quartier hin betont. Um Akzeptanz für Urbane Produktion – auch in der eigenen Nachbarschaft – zu schaffen, standen neben klassischen Kommunikationsformaten wie Unternehmensbesichtigungen auch Formate zur Debatte, die die Akzeptanz durch die Einbindung der Bewohnerschaft, z. B. über Genossenschaftsmodelle, fördern.

Prof. Jan Schaaf und Holger Hoffschröder hoben heraus, dass für die Auseinandersetzung mit Standortentscheidungen urban

produzierender Unternehmen sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite des Immobilienmarktes sowie das komplexe Akteursgefüge aus Immobilieneigentümerinnen und -eigenthümern, Nutzerinnen und Nutzern und dem umgebenden Quartiersumfeld betrachtet werden müsse.

Strategien für Urbane Produktion?

Auf der Angebotsseite der Städte und Quartiere wurde die mangelnde Flächenverfügbarkeit für Urbane Produktion – u. a. durch die Konkurrenz der Nutzungen Wohnen und Gewerbe – als eine der größten Herausforderungen hervorgehoben. Anne-Caroline Erbstößer und Dr. Stefan Gärtner fassten strategische Steuerungsmöglichkeiten und konkrete Handlungsansätze zur kommunalen Sicherung und Steuerung von Urbaner Produktion zusammen:

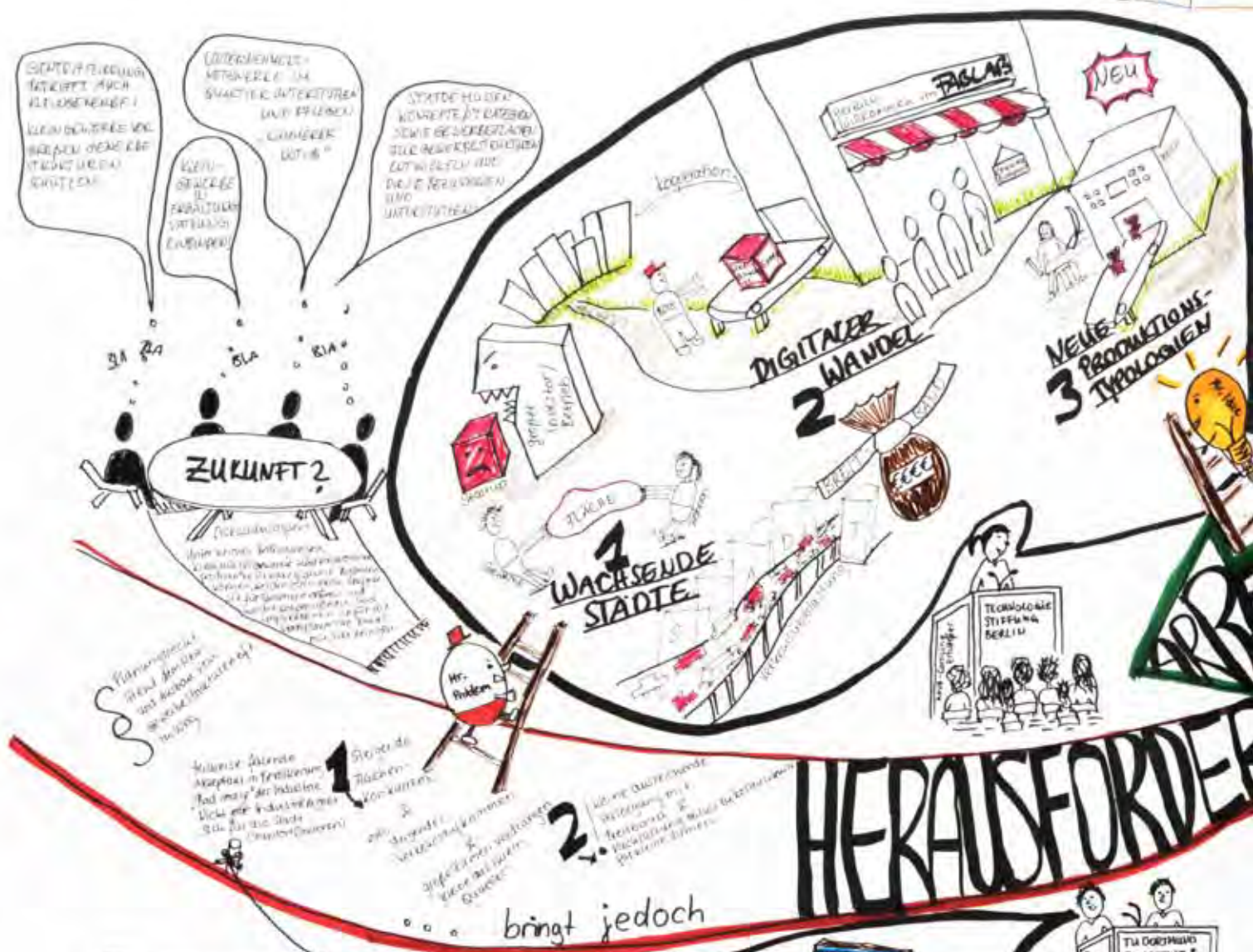
- Aufkauf von Gewerbeimmobilien
- Aktivierung, Verdichtung und Vertikalisierung von Flächen
- Gründungsförderung von Gewerbe-Genossenschaften
- bessere Steuerung der Gewerbemieten
- Erhaltungssatzungen unter Einbeziehung von Kleingewerbe (Bundesrecht erweitern?)
- Marketing für Produkte der Urbanen Produktion (z. B. „Made in Vienna“)

Einfacharbeitsplätze mitdenken – universitäre Lehre am Praxisbedarf ausrichten

Die Diskussionsrunden schlossen mit dem Hinweis, bei Urbaner Produktion auch an Einfacharbeitsplätze zu denken, sowie mit der Forderung an die universitäre Lehre, Raumwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und Stadtplanerinnen und -planer auszubilden, die sowohl mit Themen der Bauleitplanung, des Baurechts und des städtebaulichen Entwurfs vertraut sind als auch mit ökonomischen Fragen im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung, um sich mit Standortanforderungen und Investorenvorstellungen auseinandersetzen zu können.

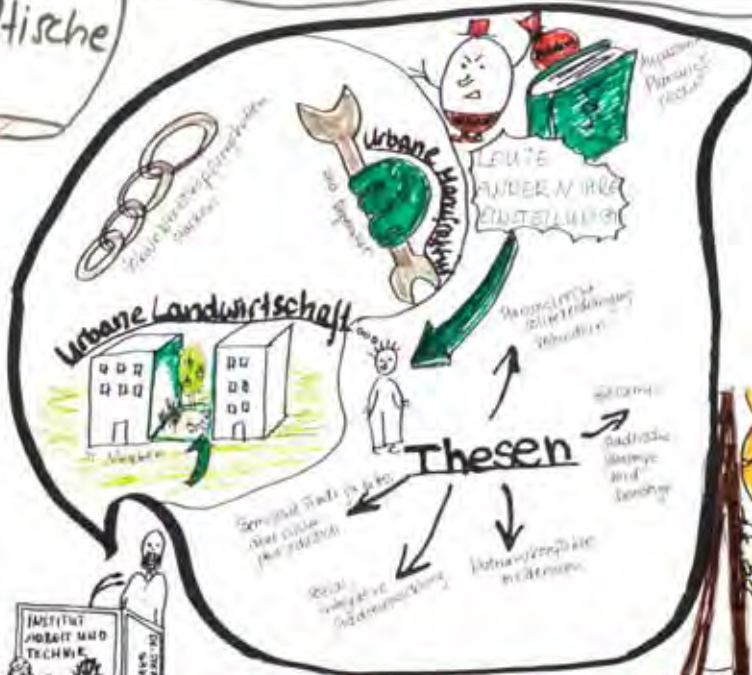


FORUM A: Gemischte, innerst



Quartiere

Städtische



ORTSORTE 3

in die Stadt

STADT



Forum B: Neue Quartiere

Gastgeber/ Autoren

**Prof. Dr. Frank
Schwartz,**
FH Lübeck

Anika Slawski,
FH Lübeck

Gäste

Ramona Groß,
Absolventin HafenCity
Universität Hamburg
(HCU)

Fabian von Köppen,
Garbe Immobilien-
Projekte GmbH

Prof. Dr. Marcus Menzl,
FH Lübeck (ehem.
HafenCity Hamburg
GmbH)

Unter dem Titel „Neue Quartiere als Orte der Arbeit?“ moderierten Prof. Dr. Frank Schwartz und Anika Slawski ein Forum, das sich in eine Vortragsrunde mit drei Impulsen und in eine anschließende Diskussion an drei World-Café-Tischen gliederte.

Anlass der Thematisierung von neuen Quartieren als Orten der Arbeit bildete das Städtebaurecht, welches durch die Einführung der Baugebietskategorie *Urbanes Gebiet* dezidiert in Richtung gemischter Quartiere in Verbindung mit der dichteren Stadt weiterentwickelt wurde.

Lässt sich nun also tendenziell eine Stärkung der Arbeit in der inneren Stadt beobachten? Einerseits zeigen aktuelle Trends, dass neue Nutzergruppen wie Betriebe der Kreativwirtschaft und der Arbeitswelt 4.0 in bestehende innenstadtnahe Gebiete drängen. Andererseits stellen gerade diese Orte aufgrund ihrer exponierten Lage ein wichtiges Flächenreservoir für Wohnraum dar, woraus Nutzungskonflikte resultieren. Und schließlich zeigt ein Blick in die Vergangenheit, dass das Thema der gemischten Quartiere kein neues ist: Vor mehr als 20 Jahren wurde mit dem im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) abgeschlossenen Forschungsfeldes Nutzungsmischung im Städtebau konstatiert, dass das städtebaurechtliche Instrumentarium nicht die Hürde für feinkörnig gemischte Quartiere sei. Eher brauche es Managementstrukturen, die eine Entwicklung von gemischten Quartieren ermöglichen.

Ganz offensichtlich lassen sich gegensätzliche Tendenzen beobachten. Was sind also die Gründe für das Gelingen und das Nichtgelingen? Diese standen im Forum u. a. am Beispiel der HafenCity in Hamburg im Hinblick auf die planerische, wirtschaftliche (Projektentwicklung) und ausbildungsbezogene Perspektive zur Diskussion – hierzu wurden zwei Impulsgeber und eine Impulsgeberin eingeladen.

Prof. Dr. Marcus Menzl thematisierte in seinem Impuls die Realisierung von neuen Quartieren als Orten der Arbeit und der Mischung am Beispiel der HafenCity. Er betonte, dass nicht nur die Art der Arbeit, sondern auch ihre Maßstäblichkeit erhebliche Auswirkungen auf das Quartier hat und insbesondere die Steuerung einer funktionierenden Mischung von Wohnen und Arbeiten in Innenstadtquartieren punktuell zwar möglich, aber sehr anspruchsvoll ist.

Am World-Café-Tisch zur *planerischen Perspektive* wurden Möglichkeiten zur Öffnung von Großunternehmen in die Quartiere diskutiert. Diese Öffnung erfordert eine räumliche Vermittlung zwischen Gebäude- und Quartierslogik, wozu kreative Impulse, ökonomische Anreize und Vernetzungsvorteile notwendig sind. Hinterfragt wurde, inwiefern eine Steuerung von Prozessen und die Verteilung von Arbeit, Einzelhandel und Kultur durch Marktprozesse, die Ausschreibung von Grundstücken oder durch ein zentrales Management möglich sind. Eine weitere Erkenntnis war, dass nicht störendes Handwerk



durch Mietpreis-Subventionen, Förderprogramme (analog zu Handwerkschöfen) und durch die Kombination mit Kultur in neuen Quartieren begünstigt werden kann und die Synergien zentraler Lagen nutzbar sind.

Fabian von Köppen betonte in seinem Impulsvortrag, dass sich künftig im tertiären Sektor die Grenzen zwischen Arbeit, Wohnen und Freizeit auflösen. Insbesondere das Smartphone macht die Büroanwesenheit überflüssig und schafft die Voraussetzung für Vertrauensarbeitszeit und Vertrauensarbeitsorte. Das Büro wird zum Treffpunkt für Kommunikation und dient weniger der Bereitstellung von Arbeitsplätzen.

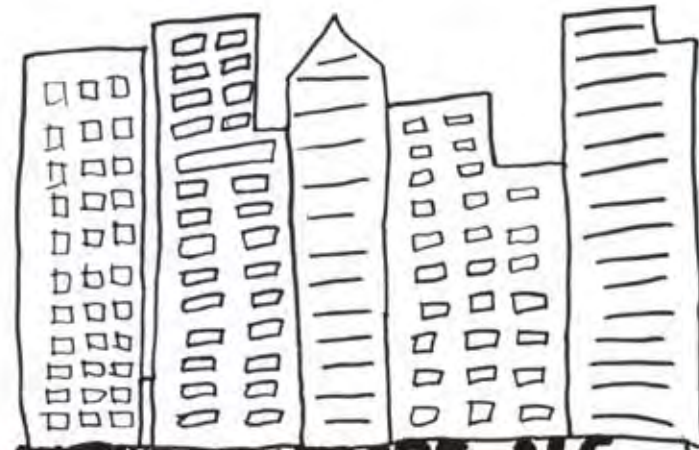
In der World-Café-Diskussion zur *wirtschaftlichen Perspektive* stand die Veränderung der Arbeitswelt im Vordergrund: Neben dem Wandel ganzer Branchen verändern sich v. a. die täglichen Abläufe. Die Gesellschaft wird flexibler, ortsunabhängiger und künftig vermehrt freiwilliger statt verpflichtender Arbeit nachgehen – Algorithmen werden zunehmend Routineaufgaben übernehmen. Auch die Veränderung des öffentlichen Raumes und sein Bedeutungsgewinn bezüglich der Interaktion und Inklusion sowie sein Bedeutungsverlust bezüglich des Konsums waren Teil der Erörterung.

Ramona Groß beschäftigte sich in ihrer Masterthesis mit der Frage, inwiefern die Einführung des *Urbanen Gebietes* neue Impulse bei der Mischung der Funktionen Wohnen und Arbeiten bietet. Ihrer Einschätzung nach wird das Thema Nutzungsmischung im Studium nur peripher gelehrt, weswegen Studierende Nutzungsmischung zwar verstehen können, eine weitergehende Vermittlung der Grundlagen, Möglichkeiten und Hürden jedoch ausbleibt. Die Hürden liegen weniger im Planungsrecht als im Bauordnungsrecht sowie in technischen, ökonomischen, prozessualen und psychosozialen Rahmenbedingungen. Zum Abbau dieser Hürden bedarf es eines engen Austausches zwischen den Disziplinen, aber auch zwischen Lehre, Forschung und Praxis.

In der Diskussion am Tisch zur *ausbildungsbezogenen Perspektive* verstetigte sich die Aussage, dass Stadtplanerinnen und -planer grundsätzlich Mischung können. Angehenden Planenden fehlt jedoch das Wissen über konkrete Möglichkeiten sowie Herausforderungen der Mischung und der Praxisbezug, da theoretische Grundlagen entkoppelt von Fallbeispielen gelehrt werden. Diskutiert wurden zudem Grundvoraussetzungen sowie Konflikte bei der Realisierung und die Notwendigkeit einer Nachsorge bei gemischten Quartieren.

Für ein Gelingen von Nutzungsmischungen braucht es ein Management und einen Entwicklungsrahmen, der zwischen Freiheit/Flexibilität sowie Bindung/Steuerung pendeln kann. Ziel ist es, durch eine Öffnung von Unternehmen in Quartiere positive externe Effekte zu generieren, wobei die Auswirkungen auf Raum durch Veränderungen in der Arbeitswelt nicht zu vernachlässigen sind.





WARUM?

NEUE QUARTIERE ALS ORTE DER ARBEIT



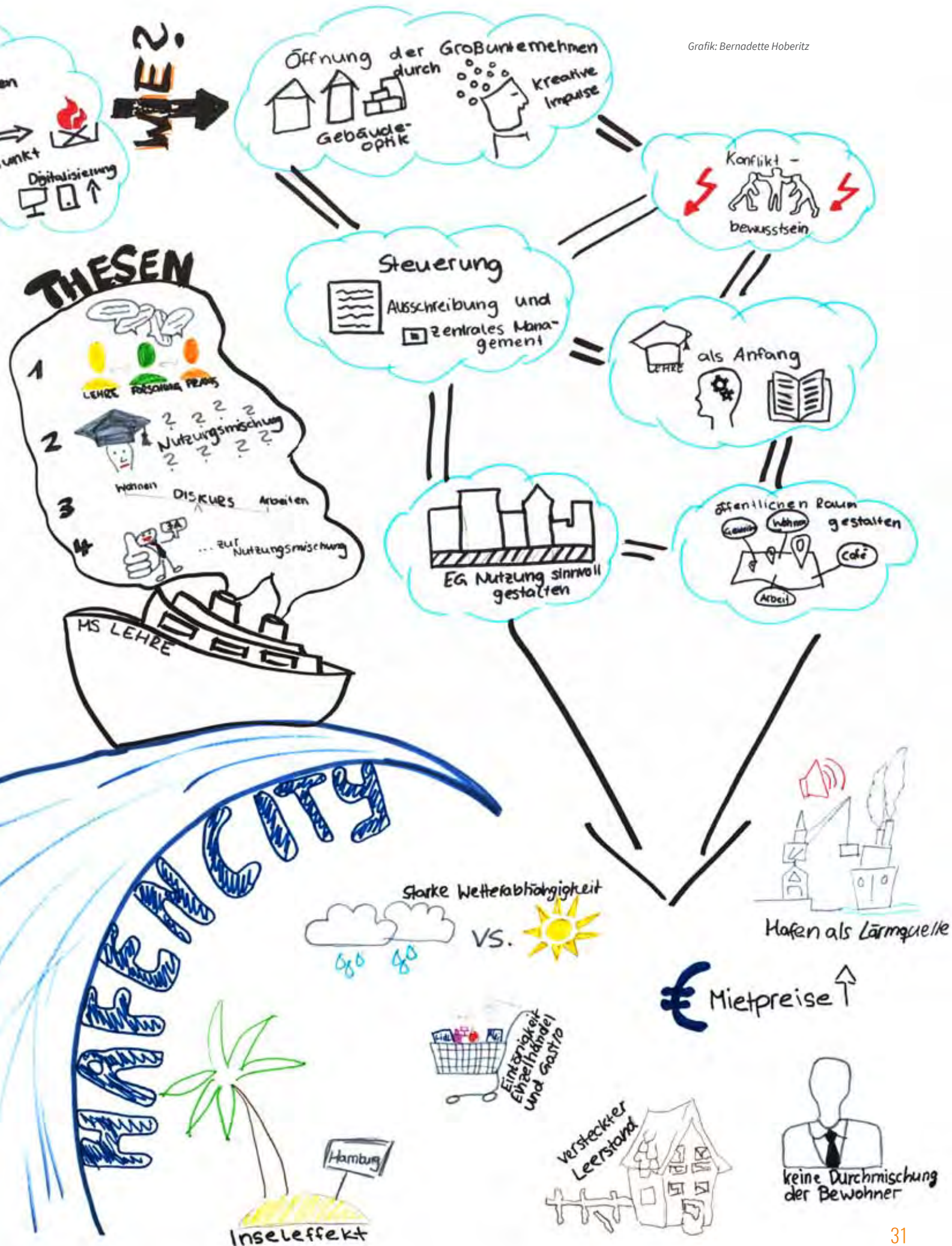
THESEN

1. ~~Arbeit~~ ~~Arbeit~~ ~~Arbeit~~ **ARBEIT**
2. $\text{Haus} + \text{Büro} = \text{Mensch}$
3. Präsenz von Arbeit: Schule, Eltern
4. **ARBEIT + JOBS** → Quartiersprägung

THESEN

- Voraussetzung:
1. ~~Internet~~ ~~Smartphone~~ ~~Home office~~
 2. ~~Treffpunkt~~ vs. ~~Home office~~
 3. ~~Arbeit~~ ~~Wohnen~~ ~~Freizeit~~
 4. ~~Funktion~~ ~~Stadt als Kurve~~ ~~Weg~~





Forum C: Innenstadt und Zentren

Gastgeber/ Autoren

Prof. Dr. Silke Weidner,
BTU Cottbus-Senftenberg

Prof. Heinz Nagler,
BTU Cottbus-Senftenberg

Gäste

Nils Busch-Petersen,
Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V.

Tine Fuchs,
Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Dr. Timo Munzinger,
Deutscher Städtetag

Die Innenstadt europäischer Städte ist seit jeher Ort gelebter Individualität, Ausdruck räumlicher Qualität, Garant für Vielfalt und Mischung ebenso wie für Authentizität durch Geschichte – aber immer auch Ort intensiver Anpassung an neue (technologische) Entwicklungen. Im Zuge der Digitalisierung und ihrer Ausprägungen in zahlreichen Bereichen des Systems Stadt steht erneut die Frage nach den Veränderungen in den Zentren, den Innenstädten, an. So haben sich Produzieren, Verkaufen resp. Kaufen, Veredeln, Dienstleisten und innerstädtische Freizeitgestaltung auch jüngst singulär oder im Hybrid massiv gewandelt, und diese Dynamik hält an. Damit stellen sich folgende Fragen: Welche funktionalen wie typologischen und verkehrlichen Anpassungserfordernisse gibt es und welchen Einfluss haben sie auf den Raum und die Gebäude resp. Immobilien? Was ist hier wie kommunal steuerbar?

Das Forum-Format bot drei anregende Kurzinputs, die den thematischen Rahmen aufspannten zwischen

- Gegebenheiten und Ansprüchen aus der **Urban Landscape**, also der Struktur und Gestalt als einem Teil des Kulturgutes Innenstadt unserer europäischen Städte,
- dem **Patchwork der Funktionen**, der Nutzungs-

vielfalt als weiterem Teil des Kulturgutes europäischer Innenstädte, mit besonderem Fokus auf Handel als einem Schwerpunkt der innerstädtischen Arbeitsorte und

- den **kooperativen wie technischen Möglichkeiten**, in der Innenstadt zukunftsfähig zu agieren.

Der erste Kurzinput von Prof. Heinz Nagler unter dem Titel „Bedeutung der Mitte für Arbeit, Stadt und Identität“ nahm die **Begabungen und Bedeutungen** von Innenstädten in den Blick. Über Gegebenheiten wie Geografie und Zentralität etc. verortet und durch die Geschichte geprägt, ergeben sich jeweils ganz unterschiedliche Qualitäten wie Herausforderungen in den Innenstädten. Für alle Städte gleichermaßen gilt aber, dass die Innenstadt ca. 90% der **Identitätslast** als „Sehnsuchtsort“ der eigenen Bevölkerung wie der Besuchenden trägt, bei gleichzeitig meist nur ca. 3% Flächenanteil an der Gesamtstadt – ein Bedeutungsüberschuss, der die Auseinandersetzung mit der Flexibilität und Adaptivität resp. Resilienz von Zentren auch im Hinblick auf Wertschöpfung und Gestalt als dringend notwendig attestiert.

Nils Busch-Petersen warf unter der Überschrift „Leitfunktion Handel in den Innenstädten heute und





morgen“ im zweiten Kurzinput zunächst den Blick zurück auf das Beziehungsgefüge von Stadt und Handel. Transformation und Wandel lassen sich durchgängig nachvollziehen: Von merkantilen Stadtgründungen, vom Höcker, Krämer, Ladner kommend, über Marktplatz und Verkauf aus Produktion entstand erst vor 200 Jahren der stationäre Einzelhandel. Die Entwicklungslinien lassen sich fortführen (Online-Handel) oder/und rückschließen (regionale Produkte, Märkte, Krämerläden). Die immer wieder auftretenden Konflikte in der **Zweckehe resp. Liebesbeziehung Stadt + Handel** erfordern dringend eine Neuauflage des „Geschäftsvertrages“ der beiden. Dieser zielt auf mehr Akzeptanz und Verständnis der Stadt für den Handel ab, fordert dabei keine Konservierung des Handels und entwickelt sich vom Antrags- und Genehmigungsdenken zum Ermöglichungsschaffen im Umgang miteinander.

Tine Fuchs zielte mit ihrem Kurzinput „Privat-öffentliche Kooperationen in der Stadtentwicklung für Smart Services in der Innenstadt“ auf die Innenstadtakteure ab. Der Handlungsbedarf in den Innenstädten zeigt sich zweidimensional. Zum einen müssen sich **Engagierte finden und zusammenarbeiten**, zum anderen sollten dabei die Chancen der Digitalisierung für Neues in der Innenstadt genutzt werden. In der Kopplung bieten zahlreiche Erfahrungen vor allem aus Business Improvement Districts (BIDs) gute Ansätze für die Kooperation und Aktion von unten.

Abgeleitet aus den Kurzinputs standen drei mehr oder weniger provokante Thesen:

- Industrie 4.0 – alles ist überall, in allen bestehenden Strukturen möglich, man geht dahin, wo es schön ist!
- Die Leitfunktion Handel muss ein zu „schützendes“, zu „förderndes“ Kulturgut in den Innenstädten werden! (Leitfunktion Handel)

- In Zeiten von Digitalisierung und Erlebnissehnsucht sind Innenstädte nur dann erfolgreich, wenn sie ihr vielfältiges Angebot in den Mittelpunkt der zukünftigen Entwicklungen stellen. Smart Services können dies unterstützen! (privat-öffentliche Kooperation)

Dr. Timo Munzinger kommentierte die Thesen aus Sicht des Deutschen Städtetages unterstützend und leitete damit in die Arbeit am Round Table unter Moderation von Tine Fuchs und Prof. Dr. Silke Weidner über. Die konstruktive, statusgruppenübergreifende, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Praktikerinnen und Praktikern geführte Diskussion lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Als unverhandelbare Spielregeln für die Innenstädte stehen
 - a) Nutzungs- und Funktionsmischung, b) Gemeinwesensfunktion und Verantwortung der Akteure.
- Das Frequenzbringerset der Innenstadt sind Produktion, Erlebnis, Handel und Wohnen (jeweils gewandelt).
- Der Austausch gilt als zentrale übergeordnete Funktion, für die Impulse gesetzt werden müssen durch Architektur, Städtebau, Baukultur, Funktionsmix, Freiflächen und durch die Qualität der Aufenthaltsorte und deren Zugänglichkeit.
- Die gemischt genutzte Immobilie stellt die wiedereinzuführende kleinste Einheit des Funktionsmixes dar (s. Geschäftshaus historisch).
- Jede Stadt muss eine Perspektive, eine Zielvorstellung für ihre Innenstadt als Leitbild des Handelns besitzen.
- Die adressierten Themen müssen in Lehre und Forschung sowie praktischen „Testfällen“ weiter fachlich untersetzt werden, insbesondere in Bezug auf Fragen zu Qualitäten von Stadt und Wertschöpfungsketten.

BEGABUNGEN

▷ GEOGRAFIE/
ZENTRALITÄT

HAUPT-ZENTREN NEBEN-ZENTREN

GESCHICHTE

▷ IDENTITÄT
LAST 90% auf 3%
FLÄCHE

HISTORISCHE INDUSTRIEN

THEATER/
WAHRZEICHEN

▷ ADAPTIVITÄT, FLEXIBILITÄT,
RESILENZ, URBAN
LANDSCAPE

TRANS-
FORMATION

BESTEHENDEN STRUKTUREN MAN GEHT DAHIN WO ES SCHON IST
BEDEUTUNG DER MITTE
INDUSTRIE 4.0 - ALLES IST ÜBERALL

WO IST WERTSCHÖPFUNG
??????????

WO UND WIE WIRD
QUALITÄT ERZEUGT
???

REGELN



GEMEIN-
WESEN-
FUNKTION
AUSTAUSCH
ALS
ZENTRALE
FUNKTION
DURCH
IMPULSE:

NUTZUNGS-
FUNKTIONS-
MISCHUNG
FREQUENT-
BRINGER FÜR
INNENSTADT:



STÄDTE-
BAU



FREIFLÄCHEN/
AUFENTHALTS-
ORTE FÜR ALLE

HERAUSFORDERUNGEN
3. FORM LADNER
2. FORM KRÄMER
1. FORM HÖKER
MÖGLICHKEITEN NUTZEN
DIGITALISIERUNG
UM NEUEN STATIONÄREN
ZU SCHAFEN
LEITFUNKTION HANDELS

SEIT 200 JAHREN
STATIONÄR

MUSS EIN ZU SCHUTZENDES UND ZU FÖR-
DERNDES KULTURGUT WERDEN



VERSTOP-
FUNG

BETRIEBE
NIEDERGANG
FLÄCHEN
ZUWACHS
STADT KONFLIKT HANDEL
SIEHEN SICH LIEB GEWINNEN

ARBEIT WOHNEN FREIRAUM



Forum D: Stadtregion

Gastgeber/ Autoren

Prof. Dr. Janos Brenner,
*Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat*

Prof. Dr. Angela Million,
TU Berlin

Prof. Dr. Frank Roost,
Universität Kassel

Gäste

Prof. Dr. Dirk Heinrichs,
*Deutsches Zentrum für
Luft- und Raumfahrt
(DLR)/TU Berlin*

**Prof. Dr. Stefanie
Bremer,**
*Orange Edge/
Universität Kassel*

Andrea Hartz,
agl Hartz Saad Wendt

Es bestehen große Unsicherheiten hinsichtlich der Folgen der digitalen Transformation für die räumliche Entwicklung – innerstädtisch, am Stadtrand, in der Stadtregion. Automatisiertes Fahren, Coworking, mehr Arbeitszeit im Home Office und ähnliche Veränderungen können zu einem neuen Suburbanisierungsschub führen. Ob das so kommt und in welchem Ausmaß, ist aber noch keineswegs ausgemacht, zumal es aus der „Kreativwirtschaft“ Stimmen gibt, die darauf hindeuten, dass die persönliche Begegnung trotz der Vernetzung über digitale Medien letztlich doch unersetzlich bleibt, womit der Verbleib von qualifizierten Arbeitsplätzen in der Stadt gesichert wäre. Diese Entwicklungen werden sich in ihren räumlichen Auswirkungen aber voraussichtlich mit den klassischen Mitteln der Raumordnung einhegen lassen – vorausgesetzt, der politische Wille ist dafür da.

Ein anderes Problem legte Prof. Dr. Dirk Heinrichs in seinem Impulsvortrag zu Beginn des Forums Stadtregion dar. Danach stehen wir am Anfang einer „Revolution im Konsum“ – oder sind womöglich schon mittendrin. Sowohl der stationäre Einzelhandel in den Innenstädten als auch der großflächige Einzelhandel „auf der grünen Wiese“ stehen unter Druck – unter dem Druck des Onlinehandels, der räumliche Strukturen gerade in den Stadtregionen in doppelter Hinsicht revolutioniert. Zum einen fallen bisherige Einzelhandelsnutzungen brach, zum anderen werden in großem Umfang Flächen und Anlagen für Zwecke der Logistik benötigt. Immerhin zeigen einige deutsche Innenstädte – auch dank einer konsequenten Stadtentwicklungspolitik und deren Resultaten, einem vielerorts qualitativollen städtebaulichen Umfeld – eine gewisse Resistenz gegen das Überrolltwerden durch den Onlinehandel. In dieser Hinsicht ist es bemerkenswert, dass jüngst aus Kreisen des Einzelhandels Stimmen zu vernehmen waren, die im Zusammenhang mit dem großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese von Fehlentwicklungen sprachen. Für dessen Steuerung bieten allerdings Raumordnung und Bauleitplanung ein umfangreiches und zumeist auch ausreichendes Regelwerk, auch wenn dieses im Lichte der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH, Urteil v. 30.01.2018, Visser Vastgoed Beleggingen, Rs. C-31/16, ECLI:EU:C:2018:44) künftig noch sorgfältiger angewandt werden muss.

Zudem ist zu befürchten, dass im Zuge dieses Strukturwandels zusätzliche Flächen für Logistikkzwecke verbraucht werden, da die neuen Akteurinnen und Akteure auch neue Umschlagzentren entwickeln, während die traditionellen ihre Anlagen erst später räumen werden. Es wird also kaum zu direkten Umnutzungen, sondern zunächst zu parallelem Neubau und Leerstand kommen. Ein weiteres Problem ist: Wie soll der Umbau von Versorgungsstrukturen begleitet werden, wenn beim Onlinehandel hierfür kein Regelwerk vorliegt, oder zumindest kein solches, das eine ortstypische Bezugnahme auf die im System der Zentralen Orte jeweils in Landesentwicklungsplänen und nachfolgend in Regionalplänen definierten Versorgungsfunktionen erlauben würde? Wie lässt sich Stadtregion mit landschaftssprengenden Bausteinen – wie Logistikzentren – gestalten? Brauchen wir ein Regelwerk (Gestaltungsszenario), oder zuckt man die Achseln (Laissez-faire-Szenario)?

Im Hinblick auf die landschaftlichen Auswirkungen ist §2 Abs. 2 Nr. 5 des Raumordnungsgesetzes (ROG) eindeutig: „Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln. Historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sowie dem UNESCO-Kultur- und Naturerbe der Welt zu erhalten. Die unterschiedlichen Landschaftstypen und Nutzungen der Teilräume sind mit den Zielen eines harmonischen Nebeneinanders, der Überwindung von Strukturproblemen und zur Schaffung neuer wirtschaftlicher und kultureller Konzeptionen zu gestalten und weiterzuentwickeln.“ Gewiss gibt es Möglichkeiten zu Festlegungen in Regionalplänen, die zur Steuerung regionaler Logistikzentren dienen (vgl. z. B. Regierungspräsidium Kassel 2010: 56ff.). Diese Regelungen stehen im Kontext der Gewerbe- und Industriegebietsentwicklung, weisen aber keinen Zusammenhang mit der Einzelhandelssteuerung auf – sie könnten es auch nicht, da es bundesweit tätige Distributoren gibt. Steuerungsmöglichkeiten gibt es im Kontext von Zielen der Raumordnung, welche der Zersiedelung der Landschaft vorbeugen sollen, wenn auch mit wechselndem Erfolg (vgl. z. B. Regionalverband Donau/ Iller 2012). Im Kontext des Bundesverkehrswegeplans (BBSR 2014) wurde das Thema gleichfalls angesprochen, diese Darstellung ist aber nicht unmittelbar für die Raumordnungspläne der Länder verwertbar. Es bleibt zu vermuten, dass in der Tat der Aspekt der



Zersiedlung der Landschaft eine Steuerungsmöglichkeit darstellt, wobei in der planerischen Abwägung sorgfältig darauf zu achten ist, dass dies die Grundlage der Argumentation bleibt und nicht für sachfremde Erwägungen herangezogen wird. Interessant in diesem Zusammenhang ist übrigens, dass verantwortliche Landespolitiker fallweise noch vor gut zehn Jahren die Ansiedlung derartiger Nutzungen eher positiv betrachtet haben (Hessischer Landtag, Drs. 16/2006).

In der Diskussion wurde auch das Problem angesprochen, was passiert, wenn eine solche großflächige Nutzung brachfällt und auch keine sinnvolle neue Nutzung möglich ist. Angeregt wurde, für die Rückholbarkeit solcher Maßnahmen zu sorgen, wobei offenblieb, auf welcher Ebene dies geregelt werden könnte. (Eine erwägenswerte Möglichkeit wäre, Rechtsgrundlagen für eine Sicherheitsleistung bei der Baugenehmigung für einen ggf. erforderlichen Rückbau zu schaffen.) Einen zumindest mittelbaren Anhaltspunkt hierfür bietet §2 Abs.2 Nr.1 letzter Satz Raumordnungsgesetz (ROG): „Die Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung sind langfristig offenzuhalten.“

Eine weitere Erkenntnis der Diskussionen des Forums lautete, dass selbst im Hinblick auf die im Verhältnis zur Flächengröße relativ geringe Nutzungsfrequenz durch Menschen die qualitativ anspruchsvolle Gestaltung von großflächigen Anlagen der Logistik und ähnlicher Nutzungen keineswegs hintenanstehen darf. Vielmehr ist sie eine Pflichtaufgabe, die sich nicht nur aus berufsethischen Erwägungen, sondern auch aus rechtlichen Vorgaben ergibt. Dies gilt nicht nur auf der Ebene der Raumordnung, sondern auch für gestalterische Vorgaben der Bauleitplanung und in der Baugenehmigung. Gestaltung ist kein Zusatz „on top“,

sondern integraler Bestandteil des Planungsprozesses. BMI und BBSR treiben derzeit das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Regionale Landschaftsgestaltung“ (BMVI/BMI/BBSR 18.06.2018) gemeinsam mit den Auftragnehmern des Forschungsprojekts (agL Saarbrücken) voran. Die Ergebnisse werden Anregungen und Beispiele der „Good Practice“ vermitteln.

Literatur

BMVI/BMI; BBSR, 18.06.2018: MORO „Regionale Landschaftsgestaltung“.

Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/2016/landschaftsgestaltung/01-Start.html?nn=432768>

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 2014: Entwurf Methodik für die Raumwirksamkeitsanalyse Bundesverkehrswegeplanung 2015 (Stand 18.03.2014).

Zugriff: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/BVWP/bvwp-2015-entwurf-raumwirksamkeitsanalyse.pdf?__blob=publicationFile

EuGH, Urteil v. 30.01.2018, Visser Vastgoed Beleggingen, Rs. C-31/16, ECLI:EU:C:2018:44.

Zusammenfassung bei: Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, EuGH zu zentrenorientierter Steuerung des Einzelhandels.

In: StGB NRW-Mitteilung 221/2018 v. 28.02.2018.

Zugriff: <https://www.kommunen-in-nrw.de/en/mitgliederbereich/bulletins/detailansicht/dokument/zentrenorientierte-einzelhandelssteuerung-kann-mit-unionsrecht-vereinbar-sein.html?cHash=3d4113fd06ea03327c9ca094f5a76756>

Hessischer Landtag, Drs. 16/2006 vom 20.07.2004.

Zugriff: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/16/6/02006.pdf>

Raumordnungsgesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt durch Art. 2 Abs. 15 des Gesetzes vom 20.7.2017 (BGBl. I S. 2808) geändert.

Zugriff: https://www.gesetze-im-internet.de/rog_2008/

Regierungspräsidium Kassel, 2010: Regionalplan Nordhessen 2009.

Zugriff: <https://rp-kassel.hessen.de/planung/regionalplanung/regionalplan-nordhessen>

Regionalverband Donau/Iller, 2012: Sitzung der Verbandsversammlung am 05.03.2012 in Günzburg, TOP 5: Zielabweichungsverfahren für die Errichtung eines Logistikzentrums der Firma Liebherr, Standort Kirchdorf a. d. Iller.

Zugriff: http://www.rvdi.de/fileadmin/Bilder-Dateien/News/VV-PA/2012/VV_05_03_2012/TOP-5_Liebherr-Beschluss.pdf







Forum E: Ländlicher Raum und kleine Städte

Gastgeber/ Autoren

Prof. Dr. Holger Schmidt,
TU Kaiserslautern

Arvid Krüger,
*Bauhaus-Universität
Weimar*

Gäste

Niko Gebel,
Bürgermeister Ortrand

Sebastian Tränkner,
*Niedersächsische
Landgesellschaft mbH*

Ines Lüder,
Universität Hannover

Frances Kowalski,
*Bauhaus-Universität
Weimar*

Das Forum E wandte sich den ländlichen und peripheren Räumen als Arbeitsorten zu. Damit diente es auch als weitere Verknüpfung des Hochschultags mit der Winterschule „Die produktive Provinzstadt“, beides Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Ebenso unterschiedlich wie die Orte waren die Referentinnen und Referenten des Forums und ihre Zugänge zu den Städten: Während Frances Kowalski und Ines Lüder aus der akademischen Perspektive von Forschung und Lehre berichteten, standen mit dem Ortrander Bürgermeister Niko Gebel und dem Planer Sebastian Tränkner zwei Praktiker zur Verfügung, die ihre Erfahrungen in die Forumsdebatten einspeisen konnten. In diesem Bericht ist es natürlich nicht möglich, die Vorträge wiederzugeben, stattdessen sollen einzelne Schwerpunkte dargestellt werden.

Ein bemerkenswerter Aspekt an der Stadt Ortrand, am Südrand Brandenburgs gelegen, ist der Bahnhof. So sehr die Autobahn notwendig ist, um die Gewerbegebiete zu vermarkten (was Ortrand hinbekommen hat), so sehr wird der Bahnhof wertgeschätzt. Das Gebäude hat ein Privatmann gekauft, es ist nun Ärztehaus – „man fährt mit der Bahn zum Arzt“. Mit dem „Kultur-Güter-Schuppen“ besitzt die Stadt

damit auch einen gut nutzbaren Kulturstandort. Insgesamt zeichnet sich Ortrand durch ein proaktives Verständnis von sozialer Infrastrukturplanung aus. Neben dem Bahnhofprojekt gibt es einen Bildungscampus, auf dem sich von der Kita bis zur Oberschule alles in sanierten und neuen Gebäuden an einem Standort befindet. Demografisch hat diese Planung eine inzwischen stagnierende Bevölkerung mit einer zunehmenden Anzahl an Kindern zur Folge.

Zella-Mehlis und Suhl sind keine Best-Practice-Beispiele, sondern „normale“ Städte in Thüringen, die von der forschenden Lehre untersucht worden sind. Die Studierenden der Bauhaus-Universität entwickelten eine Idee für Arbeitsorte, die mehrere Problemlagen miteinander verbindet und einen integrierten Lösungsansatz vorschlägt. Realität ist: Neue Gewerbegebiete in topografisch und ökologisch ungünstigen Lagen werden vor dem Hintergrund des kommunalen Konkurrenzdrucks ausgewiesen, da es ein Wachstumspotenzial für das produzierende Gewerbe gibt. Man ist nicht abgehängt, Orte der Arbeit gibt es genug.

Doch existieren gerade in Suhl eine Reihe von Brachflächen innerhalb des Siedlungsgebiets – oft ein Ergebnis von „schmerzhaften“



Strukturanpassungsprozessen. Die topografisch eher ebenen, autobahnnahen Gewerbegebiete sind gefüllt, aber auch mit Nutzungen wie Einzelhandel, Verwaltung oder Berufsschulen. Instrumente einer steuernden Stadtentwicklung wie eine Brachflächenrevitalisierung, Flächenumlegungen und eine interkommunale Herangehensweise mit einer solidarischen Lasten- und Einnahmeverteilung für die Gewerbeflächen scheinen zunächst eine studentische Utopie zu sein. Doch sie wären es wert, ernsthaft geprüft zu werden.

Das Wendland kann man als rurbanen Raum bezeichnen. Einerseits ist es sehr dünn besiedelt, andererseits gibt es eine in den Siebziger- und Achtzigerjahren entstandene Zivilgesellschaft, die man als urban beschreiben kann: Hier leben viele ehemalige Großstädter, die sich, oft aus der Antiatomkraftbewegung heraus, im Wendland angesiedelt haben. Etwa die Hälfte des Wendlands ist wirklich rural – es ist als Biosphärenreservat ausgewiesen. Doch es gibt eine hohe Wertschätzung für die urbane Bausubstanz in den Kleinstädten. Dort hat sich ein urbanes Kultur- und Gastronomieangebot entwickelt.

Die Orte der Arbeit im ländlichen Raum haben sich verändert. Das historische Bauernhaus ist nicht mehr Ort der Arbeit, sondern zu Wohnzwecken umgebaut. Gearbeitet wird heute an anderen Orten. Der Ausbau des Firmensitzes von Nya Nordiska in Dannenberg stand im Mittelpunkt des Vortrags von Ines Lüder. Das Familienunternehmen zog ins Wendland, als 1979 eine 150 Jahre alte Möbelfabrik zum Firmensitz wurde. In den Neunzigerjahren gab es eine erste, 2010 eine zweite Erweiterung. Die konsequente Innenstadtorientierung ermöglichte der Firma, am Standort zu bleiben, ohne den Gesamteindruck der historischen Altstadt

zu beeinträchtigen oder ein neues Gewerbegebiet erschließen zu müssen. Die Erweiterungen verbinden nicht nur die verschiedenen Bestandsbauten, sondern in aufwertender Art und Weise Alt und Neu in der Stadt, da die neuen Gebäude die historische Körnung der Bausubstanz aufgreifen.

Im vierten Fallbeispiel Duderstadt ging es um das Engagement eines ortsansässigen Unternehmens (Fa. Ottobock) sowohl bei der Entwicklung des Firmenstandortes als auch mit aktiven Impulsen und Projekten für die Stadtentwicklung in Duderstadt. So gibt es eine rein privat finanzierte Stadtentwicklungsgesellschaft, die sich u. a. um Jugend- und Bildungsprojekte kümmert. Mit einem Masterplan Duderstadt 2020 wird ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität am Standort geleistet, zum Teil mit Funktionen und Motiven, die eher aus einem großstädtischen Kontext zu stammen scheinen.

Auffällig ist, dass die in Duderstadt wie in allen anderen Beispielen angewandten Instrumente und Strategien auf den ersten Blick keinen auffälligen Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Rahmenbedingungen aufweisen und es keine spezifischen „ländlichen“ Strategien zu geben scheint. Vieles von dem, was auf dem Land passiert, greift auf die Instrumente (groß-)städtischer Stadterneuerung zurück; gerade wie in Ortrand mit dem Fokus auf soziale Infrastruktur, denn auch hier sind Orte der Arbeit im ländlichen Raum. Auf den zweiten Blick zeigt sich aber, dass die Unternehmen in den Fallbeispielen einen sehr starken Bezug zum Ort haben. Die Zusammenarbeit oder eben auch Nichtzusammenarbeit der örtlichen Akteurinnen und Akteure wird damit zu einem ganz entscheidenden Schlüssel und Erfolgsfaktor. Dies bedarf unbedingt weiterer Forschungen.



Was sind Besonderheiten am ländlichen Raum & Kleinstädten?

Governance-Prozesse sind nicht pass-fähig für Kleinstädte

Jeder Einzelne kann Innovationen schaffen! Jeder Einzelne - Verkehrsverknüpfungspunkte

Aktive von außen wichtig, wenig endogenes Kapital vorhanden, von Innovation in der Region auslösen
Basics / Willkommenskultur wichtig

GRENZÜBERSCHREITUNG

17 Landkreise
6 kreisfreie Städte



BARRIEREN

STARKER FACHKRÄFTE-MANGEL

ZU GROSZ FÜR KOOPERATION

GEBIETSREFORM



AUF GEMEINSCHAFTSEBENE VERANTWORTLICH

BEISPIEL - THÜRINGEN

MANAGEMENT
INSTITUTIONALISIERUNG
BAU GE

GRENZ DOCH NICHT SO

SEIN ODER NICHT SEIN

KULTURELLE DASEINSVORSORGE
RÜCKFAHRT GEWÄHRLEISTEN

INTERKOMMUNALE KOOPERATION
KOMMUNALISIERUNG STANDORT PLANNING

SOZIALISCHER AUSGLEICH



EIGENE LÖSUNGS-ANSÄTZE

VERFLECHUNGSBEREICH GÖTTINGEN



Kompaktes Zentrum

ZUSAMMENHANG UNTERNEHMENS- & STADTENTWICKLUNG

KURZ PORTRÄT

FUDER STADT

VIELE BEFÜR- WORTER

INVESTSTADT STARKER EINFLUSS

EIGENE KUNST HALLE

2030



QUARTIERS- ENTWICKLUNG

WELTSTADT- FLAIR

FUTURING DUDERSTADT

NÄDER-TOWN

ATTRAKTIVER UIRTSCHAFTS- & LEBENSRAUM
20 000 EINWOHNER

STANDORT- ANALYSE



BEISPIEL - NIEDER SACHSEN

Ländlicher kleine Städ



2025

STABILE ENTWICKLUNG

POSITIVE STADT- ENTWICKLUNG

MODERNES WOHNVIERTEL

Klassische Planungssystem hat heute noch Stellenwert, aber ausforderung: unterschiedliche Gemeinschaftsaufgabe aller Akteure, Netzwerke ist wichtig, aber auch Einzelpersonen gute Verkehrsbindung wichtig, Daseinsvorsorge gewährleisten
Bedeutung der Netzwerke
keine Akteure, die bereit sind, aus eigene Kraft mitzumachen
Stadt & Region als Arbeitsort / Menschen ziehen zu den Arbeitsort / unterschiedliche Städte-typen (Wohnort, Wohn- & Arbeitsort, Arbeitsort)
Gemeinsame Basis: Brautlage: eigene Kraft mitzumachen
Lebensstile Urbanisierung was ist das Urbane? städtische Lebensweisen auf dem Land

Interessenten für Orte / 5
Regionen gewinnen
Wachstum & Schrumpfung

Ort braucht sein eigenes Rezept
Besonderheit: Jeder schaffen / Verkehrsanbindung
Voraussetzungen

neue Lösungswege finden 6

BEISPIEL
BRANDENBURG

BEISPIEL
NIEDERSACHSEN



Forum F: Vom Gewerbegebiet zum produktiven Stadtquartier

Gastgeber/ Autoren

Dr. Britta Hüttenhain,
Universität Stuttgart

Prof. Stefan Werrer,
FH Aachen

Gäste

Dr. Agnes Förster,
Studio | Stadt | Region

Kaye Geipel,
Bauwelt

Dr. Michael Jantzer,
Robert Bosch GmbH

Prof. Bastian Lange,
Multiplicities

Im Mittelpunkt des Forums stand die Frage, ob wir neben attraktiven Forschungs-, Wissens- und Technologiestandorten und urbanen, innerstädtischen Arbeitsquartieren nicht auch unsere bestehenden Gewerbegebiete zu produktiven Stadtquartieren weiterentwickeln können und somit eine Reintegration in die umgebende Stadt ermöglicht wird. Es galt herauszuarbeiten, welche städtebaulichen Innovationen von den Gewerbegebieten ausgehen können, wenn diese als Labore und Impulsgeber für eine nachhaltige Stadtentwicklung begriffen werden.

Einleitend referierte Dr. Agnes Förster über ihre Erfahrungen aus Praxis und Forschung in unterschiedlichen kommunalen Projekten. Sie stellte den gemeinsam mit fünf Praxispartnern entwickelten Werkzeugkasten „Gewerbe und Stadt“ vor. Ausgehend von der Betrachtung von Best-Practice-Projekten benannte die Referentin Megathemen, die zur Strategieentwicklung herangezogen werden. Anhand des Standorts Haar-Egling skizzierte sie die Umsetzbarkeit bis zur stadträumlichen Ebene. Deutlich wurde, dass eine proaktive Rolle der Kommune und ein strategischer Entwicklungsansatz neue Qualitäten in Gewerbegebieten fördern.

Dr. Michael Jantzer stellte als Leiter der zentralen Entwicklung der Robert Bosch GmbH die Sicht eines führenden Industrie- und Technologieunternehmens auf den Wandel der Arbeitswelt und daraus resultierende Anforderungen an zukunftsfähige Arbeitsorte vor. Von der Planung forderte er Zukunftsbilder und Visionen, die langfristig Orientierung für Entwicklungen geben können und so dazu beitragen, dass Firmen im internationalen Wettbewerb um Talente bestehen können.

Mit seinem Netzwerk Multiplicities begleitet Prof. Dr. Bastian Lange Akteure aus Politik, Wirtschaft und kreativen Szenen im europäischen Kontext auf ihrem Weg zu zukunftstauglichen Stadtregionen. Er zeigte anhand zweier Beispiele aus Augsburg und Kiel die Potenziale einer aufsuchenden, nutzerorientierten Beteiligung und von Coworking Spaces als Treiber für Gewerbegebietsentwicklungen auf.

Zum Abschluss rief Kaye Geipel dazu auf, die unvermeidbaren Konflikte der Nutzungsmischung ehrlich zu benennen und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Notwendigkeiten auch auszuhalten. Über die Analyse der Ergebnisse des European-14-Wettbewerbs benannte er vier Antagonismen, die den innovativen Beiträgen junger Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanenden innewohnen. Mit Beispielen verdeutlichte er, dass es intelligente Typologien gibt, um den Umgang mit den Konflikten der Nutzungsgemischten Stadt (wieder) zu lernen.

Im Anschluss an die Impulse wurden drei thematische Untergruppen gebildet, um einzelne Aspekte vertiefend zu betrachten:

Unter dem Thema **Integration & Qualitäten** ging es darum herauszuarbeiten, wie bestehende oder neu zu planende Gewerbegebiete zu Quartieren werden können, die mit der umgebenden Stadt vernetzt sind. Deutlich wurde, dass die typologische Vielfalt groß ist und die Lagequalitäten sowie Einflussmöglichkeiten auf Entwicklungen variieren. Einig war sich die Gruppe, dass Gewerbestandorte dann zu produktiven Stadtquartieren werden können, wenn (frei-)räumliche Qualitäten vorhanden sind, wenn Gewerbeareale nicht zu großflächig sind und eine Integration von Wertschöpfung und Leben ermöglicht wird. Gewerbequartiere sollten einen Mehrwert mit und für das Stadtquartier erzeugen. Als Beispiele wurden genannt:

- Unternehmen zu fördern, die in der Stadt Produkte für die Stadt erzeugen,
- Freizeiteinrichtungen zu realisieren, die von Unternehmen wie der umliegenden Stadtgesellschaft genutzt werden können oder
- Räume bereitzustellen, die zeitweise als außerschulische Lernorte bzw. Orte der Begegnung dienen.

Eine weitere Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Frage, welche **Akteurinnen und Akteure** für die Entwicklung produktiver Stadtquartiere gewonnen werden müssen und welche **Bedeutung ko-produktiven Stadtentwicklungsprozessen** dabei zukommen könnte. Über die Reflexion der Impulse wurde die wichtige Rolle von Visionen bestätigt. Denn erst die so formulierten Ideen vermögen als Narrative einer akteurs- und prozessorientierten Entwicklung eine Orientierung zu geben. Möglichkeiten zur Aneignung



durch unterschiedliche Nutzergruppen auch in gewerblich geprägten Räumen bildeten einen weiteren wichtigen Beitrag. Sie sind unverzichtbar für die Herausbildung von sozialen Netzwerken/ Nachbarschaften über einzelne gewerbliche Einheiten hinweg. Auf diesem Weg könnten auch die Interessen der Beschäftigten angemessen einbezogen werden und in einen Dialog mit den berechtigten, aber vielfach einseitigen Belangen der Wohnbevölkerung treten. Auf die Frage, wie eine solche Verfasstheit von produktiven Stadtquartieren kommunal finanzierbar wäre, konnten noch keine schlüssigen Antworten gefunden werden.

Die dritte Gruppe diskutierte vor dem Hintergrund des permanenten Wandels der Arbeitswelt **Strategien und Steuerungsmöglichkeiten**. Als zentrale Erkenntnis bleibt festzuhalten, dass durch Knappheit bzw. Verknappung eine elementare Grundbedingung für Innovation geschaffen wird und insofern eine konsequente Innenentwicklung und die damit verbundene Nutzungsmischung

trotz der aktuellen Herausforderung nicht infrage gestellt werden sollte. Notwendig ist hierzu die Bereitschaft zum Experiment und die Bereitstellung von Möglichkeitsräumen für das Entwerfen und Austesten von neuen Strukturen („learning by doing“). Eine Auseinandersetzung über geeignete Formate und Instrumente und daraus abzuleitende Typologien steht an.

Das Forum hat gezeigt, dass das Verhältnis von Gewerbe und Stadt in den Fokus der Diskussion um die Stadt der Zukunft rückt. Aus der bisherigen stiefmütterlichen Behandlung ergeben sich Potenziale, die nur gehoben werden können, wenn unsere Gesellschaft bereit ist, sich den Konflikten zu stellen. Das große Interesse im Forum sowie die geführten Dialoge zeigen, dass es sich lohnt, die Transformation von Gewerbegebieten zu produktiven Stadtquartieren aktiv zu gestalten. Dabei muss gelten: Nähe neu lernen heißt auch Störungen aushalten.



VOM GEWERBEGEBIET



FLÄCHENKNAPPHEIT



Schritt für Schritt Transformation

THE SPACE THAT LOOKS AT US

- produktive Stadt als Ersatz für die gemischte Stadt
 - o Druck durch globalisierte Wirtschaft
 - o Konflikt
- Treiber
 - o Technologie & Digitalisierung
 - o heutige Stadtstrukturen haben keine Ausdehnungsmöglichkeiten ohne Verstärkung
 - o "New" Konzepte brechen "Alt" Stadtform
- Konflikte
 - o unversärbare Arbeitsplätze vs. verschwindende Wohnhypotheken
 - o "Schließung" & "Öffnung" der Stadtgrenzen gehen parallel einher
 - o ALLES HAT AUSWIRKUNGEN AUF DIE STADT! ALLE SIND GEFRAGT DIE PRODUKTIVE STADT ZU ENTWICKELN!

KONFLIKTE

PRODUKTIVE STADT?

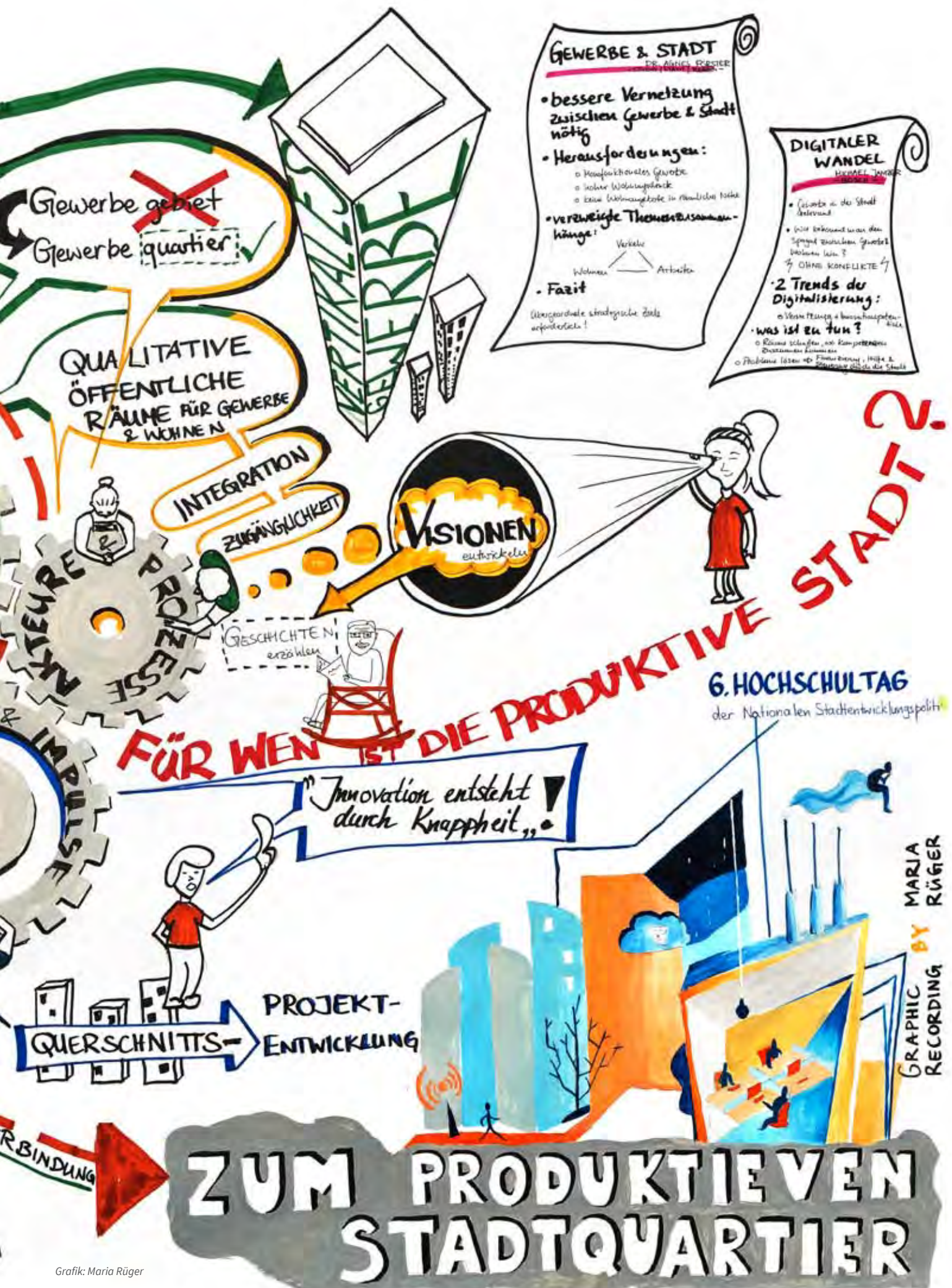
WAS IST EINE EXPERIMENTELLE GEWERBE WIRD BENÖTIGT!



STRATEGIEN & ANSÄTZE

- Qualitative & Interne Entwicklungsansätze:
 - o Bottom-up
 - o geführte Innovation
 - o Businessplan
- Gewerbellischen-Entwicklung & Gründung
 - o Bsp: von der Idee bis zur Gründung
 - o Gründungsvorgang
 - o Best Practice Beispiel
 - o Erfahrungswissen
 - o Kooperative Arbeit
 - o Schaffung von Co-Working spaces
- FRIST
 - o Co-Working als Treiber für neue Geschäftsmodelle
 - o Austausch fördern & sichern
 - o Teilnahme als Spiel- und Übungsfeld nutzen





Produktive Bildungs- und Arbeitsorte – zur Idee eines StadtLandCampus

Dr. Kerstin Schenkel,
Laura Fleck,
FH Erfurt
Felix Bentlin,
Julian Kaiser,
TU Berlin
Lennart von Hofe,
*Leibniz Universität
Hannover*

Auf dem 6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2018 in Berlin standen die Ergebnisse der diesjährigen Winterschule zur produktiven Provinzstadt im Rahmen des Projektes „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ (FH Erfurt/TU Berlin) im Mittelpunkt einer Fishbowl-Diskussion. Erörtert wurden die Konzeptionen eines Hochschulcampus als Lehr- und Lernraum des StadtLands, welche die Studierenden als Kooperationsprojekt elf deutscher Planungsfakultäten während der gemeinsamen Winterschule in Erfurt entwickelt hatten. Unter Beteiligung von Almuth Draeger (BMI), André Gampe (Bürgermeister aus Nöbdenitz), Kerstin Schenkel (FH Erfurt) und vier Studierenden der Winterschule (Laura Fleck, Lennart von Hofe, Julian Kaiser und Paul Trog) wurde die Frage diskutiert, inwiefern solch ein Hochschulcampus als Bindeglied zwischen Städten und ländlichen Räumen eine Antwort auf die spezifische Situation der strukturschwachen ländlichen Räume geben kann.

Ländliche Räume stehen im Spannungsfeld zwischen Aufmerksamkeitsdefizit, Romantisierung und einem dominant problemorientierten Fokus. (Groß-)Städte dagegen werden per se mit Zukunftsfähigkeit und Agglomerationsvorteilen assoziiert. Neben der Wahrnehmung der Lebensqualitäten

ländlicher Räume kann ein potenzialorientierter Blick auf ländlich positionierte Klein- und Kleinststädte auch Antworten auf drängende großstädtische Problemlagen schaffen. Dazu müsste das Bedeutungsgefälle von Stadt und Land infrage gestellt werden. Es bedarf grenzenüberschreitender, neuer Beziehungen und Netzwerke zwischen Stadt und Land sowie eines beidseitigen Wissenstransfers und Austauschs auf Augenhöhe, um eine zukunfts-fähige Steuerung und Entwicklung des StadtLand-Raums zu entwerfen. An dieser Stelle setzt die Konzeption eines StadtLandCampus an.

StadtLandCampus

Mediziner werden in Krankenhäusern ausgebildet, Jura-Studierende nahe der Institutionen der Rechtsprechung – und Planerinnen und Planer? Ausschließlich in der Stadt. In der Diskussion auf dem Hochschultag machte insbesondere Almuth Draeger vom Bundesministerium deutlich, dass es aufgrund der aktuell noch problematischen Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume dringlicher denn je ist, Expertinnen und Experten auch für die Planungsaufgaben in peripheren ländlichen Räumen auszubilden. Alte Fragen bedürften neuer kreativer Lösungen und der Diskussion gegen den Strich.





Im Rahmen der Winterschule und in Kooperation mit bundesweit elf Hochschulen entstand die Publikation „Lehr- und Lernraum StadtLand - Auf dem Weg zu einem neuen Planungsverständnis“ an den Fachgebieten der FH Erfurt (Prof. Dr. Reinhold Zemke, Dr. Kerstin Schenkel) und der TU Berlin (Prof. Dr. Angela Million, Felix Bentlin). Der Sammelband fasst nicht nur alle Ergebnisse der interdisziplinären Lehrveranstaltungen zusammen, sondern illustriert die Idee des StadtLandCampus mit Hilfe von drei Planungskonzepten. Darüber hinaus formulieren die elf beteiligten Hochschulen eine gemeinsame Position sowie Handlungsempfehlungen zur zukünftigen Gestaltung der ländlichen Räume in Deutschland. Dabei wird deutlich, dass eine neue Darstellung des Raumes außerhalb von Großstädten und Ballungszentren erforderlich ist. Fragen der Raumordnung, Gemeinschaftsaufgaben und Förderpolitiken bedürfen einer kritischen Diskussion zwischen Politik, Praxis und Wissenschaft.

Weitere Information als direkter Download der Publikation im institutionellen Repositorium der TU Berlin unter: <https://dx.doi.org/10.14279/depositonce-6941>

Wohn-, Lehr- und Lernräume in vorhandene bauliche Strukturen dezentral zu integrieren oder diese um- bzw. mitzunutzen. Daneben sollten (natur-)räumliche Angebote für Reallabore und Learning-by-Doing-Konzepte bestehen, und auch die geografische Position zwischen größeren Städten sowie die verkehrliche Anbindung seien für die Netzwerkfähigkeit zwischen Campus, Hochschul- und Bildungsstandorten sowie regionalen Praxispartnerinnen und -partnern wesentlich.

Attraktive Bildungsorte

Auf einen Publikumsbeitrag hin stand die Attraktivität des Landes als Bildungs- und Wohnort im Brennpunkt der Debatte. Die sozial-kulturelle Eigeninitiative aller Beteiligten sowie das Experiment mit neuen Lebensmodellen, preisgünstigem Wohnen, großen Naturräumen und persönlicher Nachbarschaft seien Aspekte, um diese neuen Bildungsorte für Studierende anziehend zu machen. Die persönlichen Drähte ermöglichten schnelle und wirkungsvolle Lernprozesse. Zudem sei der Ablauf des Studiums durch die Aktualitätsbezüge im ständigen Wandel begriffen und könne – so die Hochschulvertreterin – von den Studierenden direkt miterarbeitet werden. Die Vor-Ort-Praxis lehre Anwendungsbezüge und Lösungsorientierung sowie Kommunikations- und Gemeinschaftsfähigkeit.

Ausblick

In der Quintessenz wurde deutlich: Der StadtLandCampus stellt Beziehung her zwischen Stadt und Land, Studierenden und Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Akteurinnen und Akteuren vor Ort. Und er verbindet sowohl Theorie und Praxis als auch akademisches Wissen und Alltagserkenntnis. Welches Format solch ein StadtLandCampus zukünftig bekommen kann – feste oder flexible Standorte, vollständiger Studiengang oder AufsLand-Semester, duales Studium oder kooperatives Projektstudium, kommunal oder interkommunal organisiert –, ist offen und müssen die Diskussionen der nächsten Monate zeigen. Dennoch: Er wäre Ausdruck der Verantwortungsübernahme von Studierenden, Hochschulen und ländlichen Orten für dringende gesellschaftliche Problemstellungen und deren Beantwortung.

Weiterführende Informationen und Dokumentationen aktueller und vergangener Ergebnisse des Kooperationsprojektes „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ finden sich unter:
www.produktive-provinzstadt.de
www.isr.tu-berlin.de/fnez



Literatur

Bentlin, Felix; Million, Angela; Schenkel, Kerstin; Zemke, Reinhold (Hrsg.), 2018: Die produktive Provinzstadt. Lehr- und Lernraum StadtLand – Auf dem Weg zu einem neuen Planungsverständnis. Schriftenreihe Städtebau und Kommunikation von Planung. Band 2. Berlin. Zugriff: <https://dx.doi.org/10.14279/depositonce-6941>

Austausch der Hochschulen: Wer gute Praxis will, muss eine gute Ausbildung gewährleisten

Katharina Auerswald,
BTU Cottbus-Senftenberg

Laura Bornemann,

Toni Karge,

TU Berlin

Arvid Krüger,

Bauhaus-Universität
Weimar

Prof. Dr. Michael

Prytula,

FH Potsdam

Benedikt Schroeter,

HafenCity Universität
Hamburg (HCU)

Anika Slawski,

FH Lübeck

Anne Söfker-Rieniets,

TU Dortmund

Den zweiten Tag des 6. Hochschultags der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nutzten Studierende, wissenschaftliche Mitarbeitende, Professorinnen und Professoren und Teilnehmende aus der Praxis zum Austausch und zur statusübergreifenden Diskussion der Themen Lehre, Forschung und Räume für Forschung und Lehre. Gemeinsam sammelten sie aktuelle Herausforderungen und entwickelten erste Lösungsansätze. Die folgende Dokumentation der einzelnen Foren erläutert diese Gesprächsergebnisse und geht auf den jeweiligen Handlungsbedarf ein.

Forum Lehre

Der Gedankenaustausch zu Problemlagen der forschenden Lehre, zu Lehrformaten und Methoden sowie zur Rolle des Projektstudiums fand im Rahmen eines World Cafés statt. Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

Forschen(des) Lernen: Zur besseren Verbindung von Forschung und Lehre eines Fachgebiets/Lehrstuhls sollte vor allem die Kommunikation zwischen dem Mittelbau bzw. der Professorenschaft und den Studierenden gestärkt werden. Konstruktive Vorschläge hierzu waren, Dozentinnen und Dozenten in Lehrveranstaltungen auf Vorträge und

Konferenzen hinweisen zu lassen und ein Kolloquium für Studierende zur aktuellen Forschung der Fakultät einzurichten. Zudem könnten Themen aus Forschungsprojekten häufiger in das Projektstudium eingebracht und aktuelle Berichte aus der Forschung in Seminare und Gastvorlesungen integriert werden.

Lehre braucht neue Formate: Die Studierenden schätzen das besondere Engagement der Dozentinnen und Dozenten, in außergewöhnlichen und unkonventionellen Lehrformaten neue Erkenntnisse und Einblicke zu ermöglichen. Vor allem Interdisziplinarität und der Blick in die Praxis sollten verstärkt Einzug in die Lehre halten. Kurze Kompaktveranstaltungen oder -leistungen wie Stegreifentwürfe oder 48-Stunden-Hackathons lockern den Lehrbetrieb auf.

Projektstudium nutzen und schützen: Das Projektstudium wird an den Planungshochschulen unterschiedlich gelebt. Alles ist möglich: Grundlagenerarbeitung, aber auch freie Themenwahl und integrierte Bearbeitung mit mehreren Fachgebieten, Bearbeitungszeiten von einem oder zwei Semestern sowie der Erwerb einer unterschiedlichen Anzahl an Credits. Diese Mehrdimensionalität





ist schützenswert, da das Projektstudium eine Kompetenzentwicklung fordert. Um den Kompetenzerwerb messen zu können, sprachen sich die Teilnehmenden für Mindeststandards zu Fähigkeiten und Kenntnissen aus. Diese sollten von den Instituten definiert und verankert werden.

Forum Forschung

Im Forum Forschung wurden zunächst zentrale Herausforderungen gesammelt:

- Förderung von Formen hochschulübergreifender Kooperationen, Einrichtung eines Forschungskollegs
- bessere Verknüpfung von Forschung und kommunaler Praxis,

Übersetzung von Forschungsergebnissen, Wertschätzung für anwendungsbezogene Forschung

- stärkere Kontinuität von Forschungsthemen, stärkere Loslösung von der Politik
- hoher zeitlicher und bürokratischer Aufwand in der Akquisition von Drittmitteln erschwert die Forschungsarbeit
- Überblick und Transparenz in der Forschungslandschaft, bessere Bündelung von Informationskanälen zu Fachinformationen und -veranstaltungen
- erschwerte Karriereplanung für Mitarbeiter
- frühzeitiges Heranführen von Studierenden an Stadt- und Regionalforschung, gute methodische Ausbildung





Die Teilnehmenden besprachen das Thema Förderung von hochschulübergreifenden Kooperationen und der Einrichtung eines Forschungskollegs mit folgenden Ergebnissen:

- vertiefende Bearbeitung (Vor- und Nachbereitung) der Themen des Hochschultages im Rahmen eines Forschungskollegs in Ergänzung zur Sommer- und Winterschule
- Bündelung der Inhalte und Ergebnisse in einer Plattform zur Förderung eines strukturierten Austauschs zur Forschung ggf. in Verbindung mit den Aktivitäten von Promovierenden

In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit dynamischer und offener Strukturen erörtert sowie das Fehlen personeller und finanzieller Unterstützung benannt. Die Forumsteilnehmerinnen und -teilnehmer empfehlen zur Umsetzung ein Koordinationsgremium bzw. einen fachlichen Beirat. Verantwortlichkeiten und die Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen sind offen.

Forum Räume für Forschung und Lehre

An vielen Hochschulen sind die Räumlichkeiten für die Lehre nicht ausreichend. Die Gründe liegen teils in realen baulichen Engpässen (besonders prominent an der HCU) oder auch Defiziten im Management der Räume. Wesentliche Ursachen hierfür sind die gestiegenen Anforderungen an das Studium aufgrund der Weiterentwicklung der Curricula, während die Ausstattung der Gebäude gleich geblieben ist.

Ein weiterer Aspekt, dem sich das Forum widmete, war die Verbindung zwischen den Widmungen für Räume und der jeweiligen Tradition des Projektstudiums. Typologisch gibt es zwei Extreme der Raumwidmungen:

1. den Seminarraum, der einmal pro Woche für Projektlehre genutzt wird (ansonsten finden andere Veranstaltungen statt),

2. das „Atelier“ (Begriff z. B. an der BUW): Der Projektraum ist gleichzeitig der kontinuierlich nutzbare Arbeitsraum für die Studierenden.

Außerdem existieren Mischformen, z.B. eine Kombination aus wöchentlich einmaliger Nutzung als Seminarraum und studentischen Arbeitsplätzen/-räumen, oder die gemeinsame Nutzung eines „Ateliers“ durch mehrere Projekte.

Bei studentischen Arbeitsplätzen/-räumen ist z.B. zwischen dem Prinzip des „Coworking Space“ und dem Prinzip des „Gruppenraums“ zu unterscheiden. Während im ersten Fall eher studentische Arbeitsplätze nachgewiesen werden, stehen im zweiten Fall den Projektgruppen Arbeitsräume zur Verfügung. Für die Problemlösungsstrategien an den einzelnen Standorten sind daher folgende Fragen relevant:

- Werden die Räume dezentral im Studiengang oder zentral in der Hochschule/Fakultät verwaltet?
- Ergeben sich aus einer zentralen Verwaltung strukturelle Nachteile für den Planungsstudiengang?
- Findet bei einer dezentralen Verwaltung eine „Vereinbarung“ durch Dritte statt (Lehrstühle, Institutionen, nicht konsekutive Studiengänge etc.)?
- Gibt es eine differenzierte Reservierbarkeit von Räumen nach Lehrformen (z. B. anders für Projekte und Seminare), welche Priorität wird bei der Raumvergabe der Projektlehre eingeräumt?

Einig waren sich die Diskutanten darüber, dass es eine Transparenz in der Raumvergabe geben und sich im Rahmen der inhaltlichen Debatten um das Projektstudium auch darüber verständigt werden muss, wie die Inhalte mit räumlichen Ressourcen unterstützt werden können.

Graphic Recording

Bodo Rott,
Moritz Maikämper,
BTU Cottbus-Senftenberg

Die Foren des 6. Hochschultages wurden zur Sicherung und Visualisierung von Inhalten und Ergebnissen jeweils durch ein Graphic Recording begleitet. Die im Zusammenhang mit Prozessen der Stadtentwicklungsplanung bisher wenig angewandte Methodik wird im Folgenden kurz erläutert.

Graphic Recording ist eine Methode der Erinnerung. Ihr spezifisches Feld ist die Verbindung von Lesen und Sehen zur Gedächtnisstütze. Dazu mischen sich im Graphic Recording Mind Map, Infografik, Notizzettel, Comic, Graffiti und Typografie. Der Methodik wird eine lange Geschichte zugeschrieben. Seit den Siebzigerjahren soll sie in den angelsächsischen Ländern, namentlich den USA, in Gebrauch sein. Dort, wo die Grenzen zwischen Gebrauchsgrafik und Kunst häufiger fließend sind als in Europa, entstand dieses besondere, etwas chimärenhafte Werkzeug.

Graphic Recorder sind also Experten des Mischens. Sie werden geholt, um Tagungen, Diskussionsrunden und Vorträge zu begleiten. Da sie die Veranstaltungen in Echtzeit mitverfolgen, müssen sie entschlossen und spontan aus einem Vorrat von Stilen, (Zeichen-)Sprachen und Schriften improvisieren. Die Fülle des zu fixierenden Materials kann riesig sein, die Veranstaltung zerrissen oder klar, viel- oder einstimmig.

Graphic Recording erfasst diese Struktur und sieht als Ergebnis entsprechend aus. Die Ordnung erfordert eine gewisse Kenntnis des Inhalts, ihre Strukturen sind vielfältig. In Feldern, Säulen und Clustern werden Inhalte durch Schriftbild, Farben etc. miteinander in Beziehung gebracht. Der Einsatz von (Comic-)Figuren eröffnet den Recordern die Kommentierung der gesammelten Begriffe. Von Graphic Recordern wird also auch ein gewisser Abstand zur Veranstaltung erwartet. Das ist nicht immer leicht, denn die Aufgabe, die vielen Ebenen des „Textes“ zu einem Bild zu formen, versetzt Graphic Recorder in einen rauschhaften Zustand.

Die Begleitung des 6. Hochschultages der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit Graphic Recording stellte für Studierende wie Lehrende eine besondere Herausforderung dar. Die Vorbereitungszeit betrug nur wenige Wochen, die angewandte Methodik in den einzelnen Foren war zudem unterschiedlich. Deshalb umfasste das Live-Zeichnen vor allem die Informationsaufnahme. Die tatsächliche gestalterische Verarbeitung und inhaltliche Verdichtung wurde in eine nachgelagerte zweite Arbeitsphase verlegt. Die Begleitung des Hochschultages hat jedoch gezeigt, dass diese Aufgabe eine sehr lebendige Form darstellt, Studierende für die Themen und die Ausgestaltung des Kongresses zu begeistern.



Neue Suburbanität?

Einladung zum 3. Hochschultag vor Ort in Kassel

Prof. Dr. Frank Roost,
Universität Kassel

Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums in den prosperierenden Metropolregionen steigt die Nachfrage nach Wohnraum nicht mehr nur in den Kernstädten, sondern oft auch im suburbanen Raum. Die Peripherie der Stadtregionen, die im letzten Jahrzehnt angesichts der Reurbanisierungstendenzen eher aus dem Blickfeld der Planung geraten war, rückt daher wieder stärker in die Aufmerksamkeit. Beim Hochschultag vor Ort in Kassel, der am 27. und 28. Mai 2019 stattfinden wird, sollen daher unter dem Titel „Neue Suburbanität“ die aktuellen Herausforderungen am Rand der Städte diskutiert werden.

Hierzu gehören Themen wie die Weiterentwicklung der suburbanen Siedlungsstrukturen ohne umfangreiche Flächenneuanspruchnahme, was aber nur erreicht werden kann, wenn neben der Innenentwicklung in den Kernstädten auch eine Nachverdichtung der Suburbia vorangetrieben wird. Zudem werden auch in den Kernstädten selbst die Potenziale der Randbereiche für den Wohnungsbau wieder verstärkt genutzt – ob aber mit diesen „neuen Gartenstädten“ dichte und nutzungsgemischte Quartiere mit einem attraktiven öffentlichen Raum entstehen oder doch eher Strukturen mit suburbaner Anmutung, ist noch offen. Und auch das überkommene Image des Umlandes als einfamilienhausgeprägter, homogener Wohnungsmarkt steht angesichts der Ausdifferenzierung von Wohnformen und Sozialstruktur auf dem Prüfstand.

Ein zusätzlicher Faktor dieses Wandels ist die Digitalisierung, in deren Zuge Gewerbegebiete im suburbanen Raum als Logistikbasis für die ökonomische Entwicklung der Kernstädte unverzichtbar geworden sind. Durch die Zunahme des Onlinehandels (so eine Schlussfolgerung aus dem Hochschultag 2018) wird diese Funktion der städtischen Peripherie auch weiterhin an Bedeutung gewinnen. Eine wichtige Aufgabe für die Planung wird daher sein, den absehbaren Wachstumsprozess zu steuern – und dies möglichst verbunden mit einer baukulturellen Qualifizierung der Gewerbegebiete, die deren Bedeutung als regionalen Alltagsorten der Arbeit Rechnung trägt. Darüber hinaus ist im Zuge der Digitalisierung perspektivisch damit zu rechnen, dass sich durch Carsharing, neue Mobilitätsangebote

und autonomes Fahren die Verkehrsmittelnutzung deutlich verändern wird, was wiederum langfristig auf die Wohnstandortattraktivität der bisher automobilorientierten suburbanen Siedlungsstrukturen Auswirkungen haben dürfte.

Diese thematische Bandbreite der sich abzeichnenden planerischen Aufgaben im suburbanen Raum möchte der Hochschultag vor Ort in Kassel aufgreifen – und dementsprechend Forschende und Praktikerinnen und Praktiker ebenso wie Akteurinnen und Akteure mit unterschiedlichem Hintergrund zueinander bringen. Das Institut für urbane Entwicklungen der Universität Kassel freut sich auf eine lebhafte Debatte und lädt alle interessierten Lehrenden und Studierenden herzlich ein, teilzunehmen und mitzuwirken.



Quelle: Prof. Dr. Frank Roost

6. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Stadt und Region als Arbeitsort“

01. + 02. Juni 2018 Kalkscheune Berlin

Der Hochschultag wird durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik gefördert.

Veranstalter: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Herausgeber:

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V., www.dasl.de

Verantwortlich:

Prof. Julian Wékel, Wissenschaftlicher Sekretär

Redaktion, inhaltliche Kongressbegleitung und Information:

Sarah Dörr, Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW), München

Organisation:

Irene Gaus und Ines Auer, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Gestaltung:

Philipp Dubrau (Grafik, Satz, Layout), www.philipp.dubrau.eu

Leitung Graphic Recording:

Bodo Rott und Moritz Maikämper, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Lektorat:

Dr. Daniela Gasteiger, www.lektorat-gasteiger.de

Druck:

primeline print berlin GmbH

ISBN:

978-9816204-6-7

Abbildungsverzeichnis (soweit nicht anders angegeben):

Fotos von Sergej Horovitz, www.horovitz.de

1. Auflage, 2018

Die Beiträge dieser Publikation wurden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren zur Verfügung gestellt und spiegeln Stil und Perspektive der Verfasserinnen und Verfasser wider. Für den Inhalt und die Richtigkeit der Angaben in den gedruckten Beiträgen sind allein die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet.

© Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

<http://www.dasl.de/hochschultag-2018>